

Links der Neiße

Oktober 2020

Linke Monatszeitung im Landkreis Görlitz

Jhrg.11/Nr.127

Bundesparteitag in Erfurt

Die 1. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE findet vom 30. Oktober bis 1. November in Erfurt statt. Dieser Parteitag stellt die Weichen, ob es politisch mit der LINKEN so weiter geht oder ob es gelingt, neue politische Akzente zu setzen.

mehr auf Seite 2

Landesparteitag in Plauen

Die 3. Tagung des 15. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen findet am 10. Oktober statt. Neben dem Leitantrag steht der Beschluss zum Aufstellungsverfahren der Landesliste zur Bundestagswahl auf der Tagesordnung.

mehr auf Seite 6

Linke wirbt mit riesigem Rententopf



Mit einem riesigen Rententopf wirbt DIE LINKE im Landkreis Görlitz derzeit für ein solidarisches Rentensystem, in das alle einzahlen – so auch Politiker*innen und Beamt*innen.

Eine kleine Ausstellung (und eine Gesprächsarena) soll Bürgerinnen und Bürgern anregen, über ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Thema Rente, aber auch über faire Löhne ins Gespräch zu kommen.

mehr auf Seite 4

Lausitz und 5G



Konferenz – 12.09.2020, Hoyerswerda
Was nach der Kohle kommt – Energie & Digitalisierung

mehr auf Seite 6

1. September - Weltfriedens- tag im Landkreis Görlitz



mehr auf den Seiten 9 und 10

Verein wirbt mit neuem Mobilitätsprojekt für nachhaltigen Strukturwandel

mehr auf Seite 13

KREISPARTETAG

Liebe Genoss*innen,
hiermit laden wir euch herzlich zu unserem Kreisparteitag (Mitgliederversammlung) am 7. November 2020 ab 10 Uhr (Beginn) in Löbau ein. Wir dürfen euch ab 9:30 Uhr (Ankommen) in der Blumenhalle im Messe- & Veranstaltungspark, Görlitzer Straße 2, 02708 Löbau, begrüßen.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Begrüßung durch die Kreisvorsitzende
2. Wahl der Tagesleitung und weiterer Gremien
3. Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes
4. Jahresbilanz der Kreistagsfraktion
5. Strukturdebatte des Landesverbandes
6. Strukturdebatte des Kreisvorstandes / Diskussion des Leitantrages
7. Finanzplan 2021
8. Ausblick auf die Bundestagswahl 2021 mit einem Grußwort durch Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion
9. Wahl des quotierten Platzes im Kreisvorstand
10. Abschluss

Für Mittagsverpflegung wird gesorgt sein. Wir freuen uns über euer zahlreiches Erscheinen. Wer noch eine Mitfahrgelegenheit sucht, kann sich beim Kreisgeschäftsführer Marko Schmidt, kgf@dielinke-goerlitz.de | 0152 579 657 98 melden.

Eine postalische Einladung mitsamt des Leitantrages wird noch folgen.

Mit solidarischen Grüßen
Der Kreisvorstand

Rubriken

Termine	S. 14
Buchtipp	S. 15
Geburtstage	S. 16

DANKE für eure
Linke Kleinzeitungen!

Die 1. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE findet vom 30. Oktober bis 1. November in Erfurt statt. An dem Ort, wo das Parteiprogramm vor 13 Jahren beschlossen wurde. Katja Kipping und Bernd Riexinger werden als Parteivorsitzende nicht mehr kandidieren. Katja Kipping bilanzierte und dabei charakterisierte sie die LINKE als eine moderne sozialistische Partei, welche aus zwei Parteien hervorgegangen ist. Sie ist anerkannter Teil des politischen Lebens in der BRD, Zukunftspartei mit inhaltlichem Führungsanspruch, Trendsetterin für soziale Alternativen, verbindende Partei in Bewegung und ihre Kampagnenfähigkeit ist auf der Höhe der Zeit.

Katja Kipping erklärt Ende August in Dresden:

Was nun ansteht: Neue linke Mehrheiten für sozial-ökologischen Aufbruch

„Nur ein sozialer und zugleich ökologischer Aufbruch wird die drängenden Probleme unserer Zeit wie Klimakrise, Rechtsruck und soziale Spaltung nachhaltig entschärfen. Wir dürfen dabei die systemischen Ursachen nicht unangetastet lassen. Dies erfordert Druck aus der Gesellschaft und letztlich andere Regierungsmehrheiten. Der Sündenfall von Erfurt hat zudem gezeigt: Nur links der CDU können wir sicher sein, dass es nicht zur Kumpagnei mit der AfD kommt.

DIE LINKE ist mittlerweile selbstbewusst genug, sich nicht mehr an anderen Parteien abarbeiten zu müssen. Für mich sind das Kämpfe der Vergangenheit. Wir haben längst unseren eigenen Ton und sollten künftig mehr denn je auf unsere eigenen Stärken und Inhalte setzen. Wir werden dafür gewählt, was wir tun, was wir vorschlagen und was wir bereit sind zu wagen. Ich bin mir sicher: Mehr denn je wird das Machen und Durchsetzen belohnt, nicht das Meckern.

Es gibt bei der nächsten Bundestagswahl ein historisches Möglichkeitsfenster. Dazu müssen wir den Ansatz Regieren in Bewegung mit der Bereitschaft zum Konflikt ausbauen und auch im Bund Regierung wagen. Um dies vorzubereiten gilt es, mit potentiellen



Eine Ära geht zuende.

Foto: Internet

Bündnispartner*innen Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, ohne das Trennende zu ignorieren. Es gilt, die eigenen Kräfte zu wecken. Es gilt gewinnen zu wollen und die Konservativen herauszufordern. Dazu müssen wir uns auch auf die zu erwartende Gegenwehr vorbereiten.

Und es gilt, der gesellschaftlichen Fantasie Futter zu geben, wohin die Reise gehen kann. So steht eine mögliche MitteLinks-Regierung in der Pflicht, grundlegende Alternativen umzusetzen, z.B. den garantierten Schutz aller vor Armut, eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen, die Sanktionsfreiheit, die Kindergrundsicherung. Es gilt aber auch, im 30. Jahr der deutschen Einheit, die soziale Einheit zwischen Ost und West endlich durchzusetzen. Dabei geht es um die Alltags-

sorgen der Menschen, aber auch darum, mit Klimaschutz und Friedenspolitik dafür zu sorgen, dass wir eine Zukunft haben.

Für neue linke Mehrheiten möchte ich weiterhin Verantwortung übernehmen doch aus Respekt vor der innerparteilichen Demokratie, vor unserer Satzung nicht mehr als Parteivorsitzende. Innerparteiliche Demokratie heißt, dass jedes Amt ein Amt auf Zeit ist und das ist auch gut so.

Acht Jahre Parteivorsitz waren eine schöne und bewegende Zeit und es war auch eine Zeit, in der ich mir und anderen einiges abverlangt habe. Wir sind bekanntlich eine lebendige Partei, die mitunter auch gerne miteinander rauft. Aber eine langweilige LINKE wäre nicht links und am Ende einer Auseinandersetzung stehen wir zusammen.

Darum ging es mir immer: Wir sind eine Partei und nur gemeinsam können wir gewinnen. Das galt in der Vergangenheit und das gilt für die Zukunft.

Für mich ist es ab dem kommenden Bundesparteitag an der Zeit, etwas Neues zu beginnen. Bernd Riexinger und ich haben die vergangenen Jahre zusammen viel Herzblut und Leidenschaft in die Modernisierung der LINKE gesteckt. Wir haben dabei vertrauensvoll zusammengearbeitet.

Zukünftig möchte ich verstärkt in der Gesellschaft Brücken bauen für einen sozial-ökologischen Aufbruch, für neue linke Mehrheiten. In welcher Position ich dies tun werde, darüber wird zu einem späteren Zeitpunkt zu sprechen sein.

Heute mache ich transparent, dass ich bis zum Parteitag voll Leidenschaft als Parteivorsitzende tätig bin, doch in Erfurt nicht erneut als Parteivorsitzende kandidiere.

Diese Entscheidung fällt mir auch deshalb leicht, da wir in unserer Partei kluge Genoss*innen haben, die Vorsitz können. Es ist gut, wenn das Projekt einer modernen sozialistischen Partei auf mehr Schultern verteilt wird. Ich freue mich auf weitere gemeinsame Kämpfe.“

Interessante inhaltliche Anträge

Dieser Parteitag stellt die Weichen, ob es politisch mit der LINKEN so weiter geht oder ob es gelingt, neue politische Akzente zu setzen. Die innerparteilichen sowie die gesellschaftspolitischen Anträge geben es her. Bemerkenswert der Leit Antrag, der alle wesentlichen Forderungen der letzten 5 Jahre zusammenfasst. Die 22 Satzungsanträge gehen von Finanzen über die Durchführung von Online-Parteitag bis hin zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat sowie einer Mandatszeitbegrenzung.

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft liegen bis zum Redaktionsschluss 29 vor. An dieser Stelle seien einige von ihnen genannt:

- Gegen rechte Netzwerke und institutionellen Rassismus. Die Polizei de-

mokratisieren.;

- Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!

- FRIEDENSINITIATIVE: Friedenspolitische Grundsätze ohne Wenn und Aber durchsetzen!

- Solidarität mit linken Kräften in Lateinamerika;

- Zu viele Autos sind das Problem, nicht der Antriebs!

- Frieden mit Russland ist Deutschlands Pflicht!

- Ein radikaler Neustart für das Gesundheits- und Pflegesystem - Keine Profite mit unserer Gesundheit!

- Seien wir realistisch – beenden wir den Wachstumsfetischismus!

- WAS UNS FEHLT? GESUNDHEIT und GEMEINEIGENTUM!

- Freundschaft zu Russland und allen Völkern Europas und in der Welt!

- Keine deutschen Waffen für Belarus!

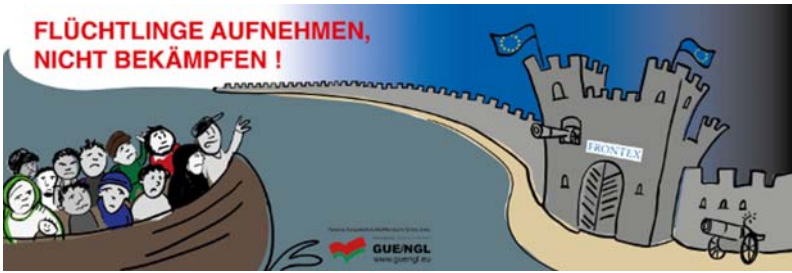
Es wird schon interessant sein, die Auswertungsrunden unserer Delegierten und ihre Positionen zu einzelnen Fragen nachzuerfolgen.

Bei den 6 Anträgen mit überwiegender Bezug zur Partei, stach einer ins Auge, der zum Mitgliederentscheid Bedingungsloses Grundeinkommen. Warum? Antragsteller ist der Parteivorstand und er selbst votiert mit NEIN.

„Der Parteitag nimmt zur Kenntnis, dass die BAG Grundeinkommen die notwendigen Voraussetzungen für den beabsichtigten Mitgliederentscheid in unserer Partei zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« (BGE) erfüllt hat.“

Der Parteivorstand lehnt einen Mitgliederentscheid zu diesem Thema ab. In seiner Begründung des Votums heißt es: „Jede Form von Entscheidung in dieser Frage (...) in der einen oder anderen Richtung würde jeweils Teile der Partei und ihrer sozialen Basis von der LINKEN abstoßen.“ Diese Begründung ist sehr dünn. Ein Mitgliederentscheid ist die höchste demokratische Form, um innerhalb der Partei zu einem Ergebnis zu kommen. Es ist ein Fehler, diesen Mitgliederentscheid abzulehnen. Wir brauchen die Diskussion und in Vorbereitung eines Mitgliederentscheides würde diese aufleben und kann auch den Wahlkampf positiv befruchten. Deshalb sollten die Delegierten des Kreisverbandes Görlitz diesem Antrag der BAG Bedingungsloses Grundeinkommen zustimmen. *Dierk Kunow*

Moria & Co.: Das System Hotspot abschaffen!



Die Einigung von CDU/CSU und SPD, nun insgesamt 1.553 Menschen aus dem niedergebrannten Lager Moria auf Lesbos aufzunehmen, kommentiert Cornelia Ernst, asylopolitische Sprecherin der Linken im Europaparlament:

„Viele Asylsuchende ohne anerkannten Schutzstatus sitzen jetzt auf der Straße. Wegen des Türkei-Deals dürfen sie die Insel nicht verlassen. Dafür gibt es keine ernstzunehmende Begründung, außer der, Geflüchtete über das System Hotspot möglichst aus Europa outzusourcen. Wir verlangen ein solidarisches Verfahren, um die Menschen ab Tag eins unter anständigen Bedingungen in der EU aufzunehmen, überall in der EU, denn Hotspot-Politik ist Abschreckungspolitik!“

„Natürlich bin ich für jede und jeden Einzelnen froh, die wir aus dem La-

ger Moria herausholen. Abgesehen davon, dass diese Zahl viel zu niedrig ist und es keinen Grund gibt, nur Kinder und Familien aufzunehmen, ist das keine Lösung für die vielen Migrant*innen in den insgesamt elf europäischen Hotspots, die teilweise bis zu zwei Jahre dort ausharren müssen.“

„Wie verlogen diese ‚Einigung‘ ist, beweist auch die Tatsache, dass Deutschland lediglich anerkannte Schutzbedürftige aufnehmen will. Genau diese Personengruppe gehört jedoch überhaupt nicht in Hotspots und hätte längst die Inseln verlassen müssen. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Wochen verschiedene Bundesländer und Kommunen schon mehr freie Aufnahmeplätze angeboten haben, im ersten Schritt für 5.000 Menschen.“

Rettung der Kulturbranche: Verbindlichkeit statt schöne Worte

Im Europäischen Parlament wurde eine Resolution zur „Erholung der Kultur in Europa“ mit großer Mehrheit angenommen. Martina Michels, Mitglied im EP-Kulturausschuss (CULT), kommentiert die Entscheidung:

„In der Rede zur Lage der Union sprach Ursula von der Leyen davon, die alltagsbezogene, gestalterische Ästhetik des Bauhaus-Stils aufleben zu lassen, um eine erfolgreiche Überwindung der Corona-Krise kulturell zu begleiten. Das klingt aufregend. Nur können solche Ankündigungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wesentlichen Kultur- und Bildungsprogramme der nächsten sieben Jahre gerade von der Kommission gekürzt wurden. Und zugleich ist das kaum eine adäquate Krisenbearbeitung, die die Verwerfungen der Kulturbranche durch die Corona-Pandemie auffangen kann.“

„Daher ist es enorm wichtig, eine umfassende Erholungsstrategie im Kulturbereich zu beschließen. Meine Fraktion hatte den Vorschlag eingebracht, der nun zur gemeinsamen Resolution des Parlaments geworden ist.



Foto: Internet

Veranstalter, Techniker*innen & Künstler*innen demonstrieren am 9.9. in Berlin für passgenaue Coronahilfen.

Damit haben wir eine klare Position des Europaparlaments dafür, dass dem Kulturbereich nicht nur leere Versprechen gemacht werden, sondern ihm wirklich geholfen wird.“

Martina Michels hält fest: „Geld in die Infrastruktur der Kulturbranche zu stecken, bringt nicht viel, solange jene Menschen, die Filme oder Musik erfinden und produzieren, die Veranstaltungen stemmen oder die Technik bereitstellen, keine Existenzsicherung bekommen. So werden die Kulturunternehmer*innen die Krise nicht überleben. Wir brauchen sowohl verbindliche Zusagen, wieviel Geld in die Kulturhilfen fließt, als endlich auch eine passgenaue Verwendung der Mittel in den Mitgliedstaaten.“

Vergiftet der „Fall Nawalny“ auch das Klima in der Bundestagsfraktion der LINKEN?

Über das gesundheitliche Befinden und den seelischen Zustand des sogenannten „Kreml-Kritikers“ und „Putin-Gegners“ Nawalny (ein Erz-Nationalist und eigentlich politisch ganz rechts stehend) werden wir in den bürgerlichen Medien seit Tagen informiert. Ganz selten ist im nd oder auch der Sächsischen Zeitung ein nachdenklicher Kommentar zu lesen.

In der Klausur der Bundestagsfraktion der LINKEN Anfang September in Potsdam kam es zu dieser Frage, wie auch in der Frage über das Verhältnis zu Russland allgemein zu einem Zerwürfnis. Klaus Ernst, einst Mitbegründer der WASG, hatte nur laut über die Frage nachgedacht, wem die Vergiftung von Nawalny eigentlich nützt; nachdem der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch dies als einen „unfassbaren Vorgang“ bezeichnet hatte, der

aufgeklärt werden müsse, und dann äußerte: „Die selten harte Reaktion der Bundesregierung ist angemessen“.

Klaus Ernst forderte nicht nur Ermittlungen und Aufklärung, sondern stellte folgende Fragen in den Raum: „Nützt die Vergiftung Nawalyns etwa Putin? War Nawalny so gefährlich, nach 76% für Putin 2018? Wer hat Interesse, die Beziehungen, besonders die wirtschaftlichen, zwischen Deutschland, der EU und Russland zu stören, was Röttgen schon fordert?“ Der „Außenpolitiker“ Norbert Röttgen hatte verlangt, nach dem Anschlag auf Nawalny die russische Gaspipeline Nord Stream 2 zu stoppen. (was einige US-Senatoren schon Kommunalpolitikern in Saßnitz angedroht hatten) MdB Matthias Höhn sprang seinem Fraktionsvorsitzenden mit weiteren antirussischen Äußerungen bei, wäh-

rend Andrej Hunko und der ehemalige MdB Jan von Aken sich hinter Ernst stellten.

Die Mehrheit der Abgeordneten unterstützte beim Thema Nawalny die Linie von Bartsch, hieß es aus der Fraktion. Dessen deutliche Worte werteten Abgeordnete als „Fortschritt“. Das braucht DIE LINKE wohl, wenn sie sich als möglicher Koalitionspartner im Bund empfehlen will. Bekanntlich gilt gerade dafür das Thema Außenpolitik als größte Hürde.

Nachbemerkung: Allerdings ist anzumerken, dass Russlands Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, im Fall Alexej Nawalny vor Schuldzuweisungen gegen sein Land gewarnt hat. Es sei künstlich eine „antirussische Hysterie“ entfacht worden. „Was wir überhaupt nicht hinnehmen können,

ist die ultimative Feststellung, dass die russische Regierung etwas mit dem Fall zu tun hat. Wir können Ultimaten und Drohungen mit Sanktionen nicht hinnehmen.“ Er forderte die deutschen Behörden auf, russischen Fahndern Beweise vorzulegen, damit diese offiziell Ermittlungen einleiten können. „Die Bereitschaft zur Kooperation von der deutschen Seite fehlt uns momentan.“ Netschajew sagte, dass es viele offene Fragen gebe. Russland hoffe daher auf die Zusammenarbeit der Strafverfolger beider Staaten.

Vielleicht sollte DIE LINKE als Opposition im Bundestag die deutsche Regierung dazu auffordern und bei Problemen, die das deutsch-russische Verhältnis betreffen, etwas mehr Zurückhaltung üben, bis die Dinge geklärt sind. Gerade in dieser sensiblen Frage sollte man sich überlegen, ob es für eine linke Partei zielführend ist, sich dem Kurs von CDU-Hardlinern anzuschließen. (red.)

LINKE bringen Thema Armut in Löbau und Görlitz auf den Marktplatz

Linke wirbt mit riesigem Rententopf

Ein Beitrag von Jens Hentschel-Thöricht

Mit einem riesigen Rententopf wirbt DIE LINKE im Landkreis Görlitz derzeit für ein solidarisches Rentensystem in das alle einzahlen – so auch Politiker*innen und Beamt*innen. Eine kleine Ausstellung (und eine Gesprächsarena) soll Bürgerinnen und Bürger anregen, über ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Thema Rente, aber auch über faire Löhne ins Gespräch zu kommen. Als unzureichend kritisiert wird von der LINKEN die kürzlich im Bundestag beschlossene Grundrente, da sie an vielen Menschen im Osten vorbei geht.

Die noch vor der Sommerpause im Bundestag beschlossene Grundrente geht an 40 Prozent der Rentnerinnen und Rentner auch in den sächsischen Landkreisen vorbei, da sie mit ihren Wendebiografien kaum auf 33 Beitragsjahre kommen.

DIE LINKE verweist darauf, dass nur ein gemeinsamer und starker solidarischer staatlicher Rententopf allen eine würdige Rente in unserem Land sichern kann und private Rentenversicherungen nur die Taschen der Finanz- und Versicherungsindustrie füllt. Es muss Schluss sein mit den rentenpolitischen Extrawürsten u.a. für Politiker*innen oder Beamt*innen. Wer heute im Landkreis Görlitz in den Ruhestand geht, hat sich oftmals durch Phasen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, Erwerbslosigkeit oder der beruflichen Umorientierung in den schwierigen Wendejahren gekämpft.



Auf den Würfeln sitzend von links: Marko Forberger, MdB Caren Lay, MdL Antonia Mertsching und MdL Mirko Schultze.

Foto: Jens Hentschel-Thöricht

Unter der Regierung von Gerhard Schröder (SPD) wurde ab 2000/2001 mit einer Reform die staatliche Rente geschwächt und das Geschäftsmodell der privaten Rentenversicherung (Riester) im Sinne des Profits für Banken und Versicherungen gestärkt. Zusätzlich wurden Rentenbeiträge abgesenkt sowie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre politisch vorbereitet. Seit den Jahren der Agenda 2010 kam es ab dem Jahr 2003 zudem zu massiven Kürzungen im sozialen

Bereich und zu einer nie dagewesenen Ausweitung des Billiglohnssektors, der bis heute Wirkung zeigt. Die Folgen sind Altersarmut auch im Landkreis Görlitz. Die Rente für 465 Senioren im Landkreis Görlitz reicht nicht zum täglichen Überleben. Sie sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Die Zahl der Betroffenen sei innerhalb eines Jahres um knapp 20 angestiegen. Es ist bitter, dass Menschen in ihrem Ruhestand nicht von ihrer Rente leben können und zum Sozialfall werden..

Bis Mitte Oktober wollen die Politiker jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt besuchen. Am 24. September machte der Tross auf dem Löbauer Altmarkt und dem Görlitzer Marienplatz Station.

Mit einem großen, roten Rententopf verbildlichten die Lausitzer Bundestagsabgeordnete Caren Lay mit Antonia Mertsching und Mirko Schultze, beide sitzen für DIE LINKE im Sächsischen Landtag, auch dort ihre Forderung für ein solidarisches staatliches Rentensystem. Ein Rentensystem, in das alle einzahlen - auch Politiker und Beamte. Wie Mirko Schultze sagte, sollen die Bürger angeregt werden, über das Thema Armut nachzudenken und mit den Parteivertretern ins Gespräch zu kommen. Lay, die auch stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag ist, fand auf den Plätzen klare Worte. „30 Jahre nach der Wende muss mit den Rentenunterschieden zwischen Ost und West endlich Schluss sein! DIE LINKE fordert existenzsichernde Löhne von mindestens 12 Euro und eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Die Linke eine „Solidarische Mindestrente“ vor, die für Menschen ab 65 Jahren dafür sorgen soll, dass niemand im Alter von weniger als aktuell 1050 Euro netto leben muss.“, so Lay.

Laut Antonia Mertsching sind die Forderungen an bisher allen Stationen von den Leuten gut angenommen worden. Auch weil das Thema die gesamte Gesellschaft betrifft und unter den Nägeln brennt.

Autoindustrie: **Auf die Mobilität der Zukunft einstellen**

Auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus am vergangenen Montag stellte Bernd Riexinger fest, dass die Automobilindustrie bereits jetzt als Wirtschaftsmotor für Deutschland ausfällt. Schon vor der Corona-Krise habe es in vielen Betrieben Kurzarbeit gegeben. Die Krise habe die Situation weiter verschärft. Notwendig sei daher eine Transformation der Automobilindustrie, mit der sie sich auf die Bedürfnisse der Mobilität der Zukunft einstellt. Nur so könnten die Arbeitsplätze im Automobilbereich langfristig gesichert werden, so Riexinger.

Abgerüsteter Panzer in Weißwasser

"Bomben schaffen keinen Frieden" - darauf machte die Bundestagsfraktion DIE LINKE im Rahmen ihrer Friedentour aufmerksam. Station machte sie dabei auch am 8. September in Weißwasser.

Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag ist die einzige Fraktion, die konsequent alle militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt und im Plenum dagegen stimmt. Ebenso lehnt DIE LINKE jegliche Art von Rüstungsexporten ab. "Denn jede Waffe findet ihren Krieg und Bomben schaffen keinen Frieden", so der Regionalmitarbeiter der sächsischen Bundestagsabgeordneten der LINKEN Jens Hentschel-Thöricht.



Text und Foto: Jens Hentschel-Thöricht

Heike Krahl vom Kreisvorstand der LINKEN. Görlitz ergänzt: "Die Mittel für humanitäre Hilfe in Kriegsgebieten sind sofort und massiv zu erhöhen. Kriege beenden und den Men-

schen in den Kriegsgebieten beim Wiederaufbau ihrer Städte und Dörfer zu helfen - das ist effektive Fluchtursachenbekämpfung und tatsächliche Entwicklungshilfe."

Was wir fordern

Ein Weg in die Zukunft - Jetzt beginnen - Mobilitätswende

LdN berichtete in der Septemбераusgabe über linke Vorstellungen zur notwendigen Verkehrswende.

Jetzt eine Fortsetzung: Forderungen, welche die LINKE aufmacht.

1. Schülerinnen und Schüler, Azubis, Erwerbslose und Rentnerinnen und Rentner fahren ab sofort kostenfrei. So können alle den ÖPNV nutzen, egal über wieviel Geld sie verfügen. Innerhalb von 5 Jahren machen wir den Nahverkehr für alle kostenfrei.
2. Bus und Bahn ausbauen: Wir brauchen ein dichteres Netz öffentlicher Verkehrsmittel und häufigere Fahrten, damit niemand aufs eigene Auto angewiesen ist. Auch in ländlichen Gegenden muss die nächste Stadt mindestens stündlich mit dem Bus erreichbar sein.
3. Die Produktionskapazitäten für Elektrobusse, Bahnen und Schienen



müssen ausgebaut werden, um genügend Fahrzeuge für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs zu liefern. Damit schaffen wir viele gute, tariflich abgesicherte Arbeitsplätze, die wegfallende in der Autoproduktion ersetzen.

4. Anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe! So finden die Verkehrsunternehmen auch genügend Arbeitskräfte: 100.000 Beschäftigte müssen in den nächsten 10 Jahren eingestellt werden als Ersatz für Kolleg*innen,

die in Rente gehen. 70.000 weitere brauchen wir für eine Verdoppelung des ÖPNV-Angebots.

5. Mehr Geld vom Bund für den Ausbau des ÖPNV und die Finanzierung guter Arbeitsbedingungen. Die Kommunen können das alleine nicht leisten. Corona-bedingte Einnahmeausfälle müssen auch im kommenden Jahr komplett ersetzt werden.

6. Konzerne beteiligen: Mit einer Abgabe für Unternehmen beteiligen wir diese an der Finanzierung des ÖPNV. Denn die meisten Fahrten führen zur Arbeit und zum Einkaufen, nutzen also direkt den Unternehmen.

Auftakt für Verteilungskämpfe

Die ersten Warnstreiks im öffentlichen Dienst machen derzeit mächtig Schlagzeilen, doch die mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes befinden sich bereits seit dem 1. September im Tarifkampf. Es geht um 4,8 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 150 Euro, um 100 Euro für alle Auszubildenden und um eine Arbeitszeitangleichung im Osten an das Westgebiet. Die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) fordern „Augenmaß“ und die Bereitschaft zum Verzicht.

Verhandlungsführer Ulrich Mädge verstieg sich sogar in die Aussage: „Wenn wir in dieser Krise Löhne erhöhen, fehlt das Geld wieder an anderer Stelle, wie beispielsweise bei den Investitionen in die Bildung, ins Klima oder in die Infrastruktur.“ Und für VKA-Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath ist es wichtig „dass die Folgen der Pandemie von der gesamten Gesellschaft getragen werden. Davon sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht ausgenommen.“

Noch vor Wochen wurden Krankenschwestern, Müllmänner, Erzieherinnen und Erzieher als Alltagshelden beklatscht. Sie waren es, die während des Lockdowns die Gesellschaft am Laufen hielten — teilweise unter erhöhtem Infektionsrisiko. Der aktuelle Tarifkampf ist deshalb das konsequente, mutige und selbstbewusste Auftreten der Kolleginnen und Kollegen, die jetzt fordern: Wer systemrelevant ist,



Foto: Internet

der muss auch anständig bezahlt werden!

Verhandelt wird mit dem Bundesinnenminister und auf der kommunalen Ebene mit Bürgermeistern und Kämmerern. Sie fordern von den Beschäftigten die Bereitschaft zum Verzicht, aber bei der Einführung einer Vermögensabgabe, die Reiche und Superreiche zur Finanzierung der Krisenkosten heranziehen würde, bleiben sie passiv. Diese Haltung nimmt schwache Schultern in die Verantwortung, weil sie starke Schultern entlasten möchte.

Seit Jahren sind die öffentlichen Kassen leer und insbesondere die kommunalen Finanzen derart klamm, dass der Investitionsstau der Bundesrepublik inzwischen bei deutlich über 100 Milliarden Euro liegt. Auch ohne Lohn erhöhungen fehlt also seit Jahren das Geld für Bildung, Klima und Investitionen. Und warum? Weil Menschen mit Vermögen konsequent verschont werden. Eigenartigerweise werden die

milliardenschweren Einnahmeausfälle durch das Aussetzen der Vermögenssteuer oder durch die Aufstockung des Niedriglohnbereichs, die die Unternehmer aus der Verantwortung nimmt, existenzsichernde Löhne zu zahlen, nie zum

Argument gegen Lohnerhöhungen herangezogen. Dabei sind gerade sie es, die dafür verantwortlich gemacht werden müssen.

Die anstehende Tarifrunde zeigt, dass sich gesellschaftliche Entwicklungen zuspitzen und die vor uns liegenden Verteilungskämpfe ans Eingemachte gehen. Schon seit längerem fordern Arbeitgeber mit der sogenannten Sozialgarantie eine Festschreibung der Sozialbeiträge auf 40 Prozent – und das obwohl sie nach eigenen Berechnungen und Einschätzungen davon ausgehen, dass die Sozialbeiträge auf 50 Prozent steigen müssten, um die Krisenkosten stabil zu finanzieren. Und CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte bereits im Herbst 2019, also noch vor der Pandemie, eine „Reformagenda 2020“ angemahnt, weil die Sozialsysteme an die „Grenzen des Möglichen und Machbaren“ gekommen seien. Die Auseinandersetzung der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst wird zum Auf-

takt für weitere Auseinandersetzungen um Verteilungsgerechtigkeit werden.

Historisch hatten die starken Gewerkschaften stets die Rolle der Tariflokomotive, weil sie mit guten Abschlüssen zu Messlatte und Orientierung für die Abschlüsse in anderen Branchen wurden. Ein bisschen so ist es auch mit der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst. Nicht nur das Tarifiergebnis, sondern vor allem die Art, wie diese Auseinandersetzung geführt werden wird, entscheidet über Niveau, Stimmung und Erfolg weiterer Auseinandersetzungen. Kämpfen heute die Beschäftigten unserer Krankenhäuser, unserer Müllabfuhr oder unserer Kindergärten für sich allein? Dann tun es vermutlich morgen auch die Beschäftigten von Karstadt, übermorgen die Kolleginnen und Kollegen der Automobilzulieferer und in der nächsten Woche die Busfahrer, Zugbegleiter und Service-Mitarbeiter im ÖPNV. Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit und um die Frage, was uns öffentliche Daseinsvorsorge wert ist. Es ist aber auch ein Testlauf dafür, ob wir in der Lage sind, die anstehenden Verteilungskämpfe gemeinsam abzuwenden. Für DIE LINKE ist der Platz selbstverständlich an der Seite der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen aber mehr noch zum Organisator breit aufgestellter Antikrisen-Bündnisse werden, die uns in die Lage versetzen, die Verteilungskämpfe gemeinsam zu führen. (red.)

Landesparteitag im Oktober

Datum: 10.10.2020 ab 10 Uhr - Ort: Festhalle Plauen, Äußere Reichenbacher Straße 4, 08529 Plauen

vorläufige Tagesordnung

1. Beratung und Beschlussfassung zum Leitantrag an den Landesparteitag
2. Beratung und Beschlussfassung zum Wahl- und Aufstellungsverfahren der LINKEN Sachsen für die Bundestagswahl 2021
3. Beratung weiterer Anträge an die 3. Tagung des 15. Landesparteitages
4. ggf. Beratung und Beschlussfassung von Satzungsänderungsanträgen
5. ggf. Nachwahlen für Organe der LINKEN Sachsen

Liveberichterstattung

Auch dieser Landesparteitag wird live im Netz begleitet:

Livestream: wird es geben

Hashtag bei Twitter, Insta & Co: #151pt3

Bilder finden sich im Nachgang bei Flickr und Videos bei Youtube



Lausitz und 5G - Die zweite ökologische Konferenz der sächsischen Linken in Hoyerswerda

Ein Beitrag von Kathrin Kagelmann, stellv. Landesvorsitzende, Adele

Mehr an Bildschirmen dabei als vor Ort – ein fast schon normales Fazit in Coronazeiten. Die digitalen Erfahrungswerte, die die Partei gerade sammelt, erweisen sich als Riesenchance, besonders im ländlichen Raum größere Reichweiten mit inhaltlichen Angeboten zu erzielen. Dabei mutet es fast anachronistisch an, dass wir in Hoyerswerda über die fünfte Mobilfunk-Generation diskutieren, die in der Lausitz an mehreren Standorten getestet werden soll, und es bei der Liveübertragung immer wieder zu technischen Problemen kam.

Viele offene Fragen

Wo digitale Tafeln an Schulen noch Zukunftsmusik sind und Betriebe an der holprigen Datenübertragung zweifeln, wäre schon ein funktionierendes 4G-Netz ein Fortschritt und die Begeisterung über 5G sicher größer. Nichts desto trotz spiegelte die Konferenz recht gut, was beim Thema Digitalisierung in Gesellschaft allgemein und in einer Strukturwandelregion im Besonderen schiefläuft. Zwei anwesende Stadträte kritisierten, dass sie sich zum ersten Mal überhaupt umfassend zum Thema 5G informieren konnten, obwohl im Stadtrat die Investitionen im Business Park Hoyerswerda als einem der drei Testfelder für die 5G-Anwendungsgebiete Fliegen und Bauen bereits geplant werden. Zwar gab es in der Vergangenheit Auftritte der beteiligten Forschungseinrichtungen.



Foto: Internet

Die aber reagieren gerade nicht auf die gesellschaftliche Dimension von Digitalisierung, weshalb in Teilen der Bevölkerung Fragen überwiegen – etwa ob und wann flächendeckend ausgebaut wird und welche Auswirkungen das dichte Netz von Funkmasten auf die menschliche Gesundheit hat oder ob die in Aussicht stehenden Arbeitsplätze überhaupt arbeitsmarktstabilisierend in der auslaufenden Kohleära wirken können.

Aktive Aufklärung nötig

Zwar wurde mit Hinweis auf medizinische Studien Ängsten entgegnet und beim Arbeitskräftepotenzial auf positive Erfahrungen aus dem Ruhrpott verwiesen. Fest steht aber: Ohne aktive Aufklärung wird die Zahl der Bürgerinitiativen gegen 5G weiter Zulauf bekommen. Etwas „Wasser in den Wein“ gab es für alle technikaffinen Zuhörer: Die in Hoyerswerda und Welzow betriebene Forschung zu 5G

dient allein der Maschine - z u - Maschine-Kommunikation im industriellen und agrarischen Bereich. Da

geht es um die Revolutionierung des Bauens durch ferngesteuerte Bagger oder die drohnengestützte Flächenvermessung, um bodenschonende Feldroboter in der Landwirtschaft oder autonomes Fahren im Betrieb. Für private Anwendungen reicht die aktuelle 3- oder 4G-Technologie aus. Aber gerade industrielle Anwendungsfelder und die Begleitforschung dürften gut ausgebildete Menschen ansprechen, die dafür künftig gezielt in die Lausitz kommen werden.

Die Sicherung der Energieversorgung von morgen war Gegenstand des zweiten Teils der Konferenz. In der Diskussion wurde einmal mehr sichtbar, wie tief im jahrzehntealten Meinungsstreit fossile versus regenerative Energien der mutlose Sing-Sang von der „Sonne, die nicht immer scheint und dem Wind, der nicht immer weht...“ verinnerlicht wurde. In der Lausitz graben die größten beweglichen Maschinen der Welt seit Jahrzehnten die Erde um, eine ingenieurtechnische

Ausnahmeleistung ostdeutscher Maschinenbauer. Aber dass heute im Zeitalter der Digitalisierung unterschiedlich anfallende Leistungen von Windrädern und Solaranlagen computer-gesteuert zu einem virtuellen Kraftwerk gekoppelt werden, das so auch die Grundlast erbringt, halten immer noch viele für Träumerei. Anhand politischer Fehlsteuerungen im Erneuerbare-Energie-Gesetz und seinen Novellierungen wurde überdeutlich, dass Deutschland als einstiges Energie-wende-Vorzeigeland inzwischen den Ausbauboom bei Erneuerbaren ausgebremst, damit mehrere zehntausend Arbeitsplätze vernichtet und die Akzeptanz für Wind, Sonne und Co. als Energieträger abgewürgt wird.

Mitgestalter: Energiegenossenschaft

Dass ausgerechnet Sachsen, das beim Kampf gegen die Erneuerbaren Energien Klassenprimus im Bund ist – in 2020 ging bisher gerade mal ein Windrad ans Netz – jetzt über das Struktur-stärkungsgesetz mit Steuergeldern in Milliardenhöhe belohnt wird, erscheint da fast zynisch. Nötig ist das Geld allemal, wie es ambitionierterer Ausbauziele bei Sonne, Wind und Co. braucht, wenn die Pariser Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Und bis dahin darf jeder, der seine persönliche Energie-wende schneller voranbringen will, schon mal bei Energiegenossenschaften – beispielsweise bei der LausitzerNaturEnergiee.G.–einsteigen.

ANTONIA MERTSCHING: ICH GLAUBE AN DIE ZUKUNFT VON MÜHLROSE UND WÜRDE DORTHIN ZIEHEN

Zurfortgesetzten Debatte um die Abaggerung von Mühlrose erklärt die Lausitzer Abgeordnete der Linksfraktion, Antonia Mertsching: „Ich akzeptiere es, dass es einen Umsiedlungsvertrag gibt - gerade auch, weil er denjenigen Sicherheit gibt, die Mühlrose endlich verlassen wollen. Diesen Vertrag habe ich nie in Frage gestellt. Ich stehe aber an der Seite derjenigen, die ihren Heimatort nicht aufgeben wollen, schon gar nicht für eine klimaschädliche Energieversorgung. Für die Abaggerung von Mühlrose liegt bisher kein Antrag und keine Genehmigung vor, auch wenn die LEAG weiter Anspruch auf die Kohle unter Mühlrose erhebt. Deshalb kann ich den



Verdiente Rast beim Spaziergang von Schleife nach Mühlrose.

Foto: S. Kunze

Abriss der Häuser nicht nachvollziehen! Ich halte es mit Gundermann: „Alle die gehen woll'n sollen gehen können, alle die bleiben woll'n solln bleiben können. Alle die kommen woll'n solln kommen können. Alle die gehen woll'n sollen gehen können.“ In diesem Sinne biete ich der LEAG an, ihr eines der Häuser abzukaufen, um nach Mühlrose zu ziehen. Ich glaube an die Zukunft dieses Ortes.“

Arbeitszeitangleichung Ost im öffentlichen Dienst kann kein halbes Jahrzehnt mehr warten

DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaft ver.di in ihren Verhandlungen zur Tarifrunde und stellt sich auch hinter die angekündigten Warnstreiks.

„Die Angleichung der Arbeitszeit im Osten wäre im 30. Jahr nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages ein wichtigerer Beitrag als diverse Sekt-Empfänge. Es ist inakzeptabel, damit noch ein halbes Jahrzehnt zu warten.“, sagt Stefan Hartmann, Landesvorsitzender von DIE LINKE. Sachsen. »In der aktuellen Tarifrunde geht es um mehr als nur die konkreten Forderungen der Gewerkschaft. Es geht darum, wer die Kosten der Corona-Pandemie trägt. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht die Beschäftigten die Corona-Folgen bezahlen, auch nicht durch Verzicht auf nötige Lohnsteigerungen. Gerade deswegen ist es uns besonders wichtig, unsere Solidarität mit ihnen in der jetzigen Tarifauseinandersetzung zum Ausdruck zu bringen. Wir stehen voll und ganz hinter den Warnstreiks.“, ergänzt Susanne Schaper, Landesvorsitzende von DIE LINKE. Sachsen. Zahlreiche LINKE Kommunalpolitiker*innen haben



Stefan Hartmann und Susanne Schaper.

zudem einen bundesweiten Aufruf zur Unterstützung der Beschäftigten unterzeichnet. In diesem heißt es: „Während der Corona-Krise hielten die Kolleginnen und Kollegen in Krankenhäusern und Gesundheitsämtern, in der Abfallwirtschaft und in den kommunalen Behörden den Laden am Laufen. Ihnen steht als Anerkennung eine Tarifsteigerung zu. Ob Reinigungskraft oder Pflegeleitung, ob Technikerin oder Landschaftsgärtnerin – 150 Euro mehr für jede und jeden der Kolleginnen und Kollegen ist ein wichtiger Schritt, um der Einkommensspreizung entgegenzutreten.“

Sachsen lässt Mühlrose, Obertitz und Pödelwitz weiter im Stich

Die Linke forderte in ihrem Antrag vom 15. September Klarheit für die Zukunft der Dörfer Mühlrose, Obertitz und Pödelwitz. Denn wie mehrfach gegengerechnet, ist die Braunkohle unter den Dörfern für einen Kohleausstieg gemäß den Beschlüssen der Kohle-Kommission nicht nötig. Dennoch wurde der entsprechende Antrag der Linke im sächsischen Landtag mit einer Mehrheit abgelehnt: Der Freistaat lässt die Dörfer weiterhin im Unklaren. „Die Linke hat eine längst überfällige Entscheidung eingefordert. Es ist unfassbar, dass die Bewohner*innen weiterhin hängen gelassen werden. Eine gewählte Regierung hat die Aufgabe, sich für Bürger*innen stark zu machen und nicht Konzernen wie der LEAG den roten Teppich auszurollen“, sagt Felix Ekardt, Vorsitzen-



Prof. Felix Ekardt.

der des BUND Sachsen. Wie der BUND Sachsen bereits mehrfach betonte, ist die Zerstörung der Dörfer unnötig. Noch gibt es keine Genehmigung für die Braunkohle unter den Dörfern, eine Abaggerung ist damit ohnehin unmöglich. „Wenn sich also die Abgeordneten nicht entscheiden können, die Dörfer schützen zu wollen, ist das für den BUND komplett unverständlich. Sie beugen sich damit dem Druck eines Wirtschaftskonzerns – das ist ein Armutszeugnis für eine Demokratie“, betont Ekardt. (red.)

Der Bevölkerungsschutz gehört in den Fokus - nicht nur am bundesweiten Warntag

Am 10. September, dem bundesweiten Warntag heulten in ganz Deutschland die Sirenen. Dazu erklärt Mirko Schultze, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für das Thema Katastrophenschutz:



Mirko Schultze.

Foto: LTF

„Wer kennt heute noch die angemessene Reaktion, wenn über alle Kanäle gewarnt wird? Wer hat heute noch ausreichend Reserven zuhause, um im Katastrophenfall vorbereitet zu sein? Wer kennt die persönliche Checkliste des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe? Wohl kaum jemand. Bevölkerungsschutz ist aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden – was einerseits ein gutes Signal ist, das zeigt, dass wir heute so sicher leben, wie nie zuvor. Andererseits birgt das aber ein großes Risiko, weil der Bevölkerungsschutz eben trotzdem funktionieren muss. Wenn über innere Sicherheit diskutiert wird, steht der Bevölkerungsschutz zu Unrecht nicht im Fokus. Dies muss sich ändern – im Interesse aller Engagierten, die ehrenamtlich oder hauptamtlich im Bevölkerungsschutz tätig sind arbeiten. Ihre Arbeitsbedingungen müssen besser werden. Das gilt für Unterbringung, technische Ausstat-

tung, Familienfreundlichkeit. Genug Nachwuchs gibt es nur, wenn all das verbessert wird.

Die Kommunen sollten den Bevölkerungsschützerinnen und Bevölkerungsschützern Gebühren erlassen können. Zudem fordern wir eine echte Anerkennung durch Ehrenamts-Rentenpunkte. Nötig ist eine sachsenweite Beschaffung, die wie bei der Polizei Geld spart und Technik-Standards setzt. Der Investitionsstau bei den Kommunen muss abgebaut werden. Außerdem schlagen wir vor, dass der Freistaat den Erwerb von Feuerwehrführerscheinen kostendeckend fördert. Der bundesweite Warntag ist auch ein guter Anlass für die Forderung, die Themen Erste Hilfe und Bevölkerungsschutz in den Lehr- und Bildungsplänen zu verankern. Unabhängig vom Alter sollten Kinder auf diesen Gebieten fit gemacht werden und eigenes Handeln im Ernstfall erlernen.“

Linksfraktion bleibt der Feierstunde am 3. Oktober fern - Vaatz versöhnt nicht, er spaltet

Landtagspräsident Matthias Rößler hält an seiner Einladung an den CDU-Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz als Festredner im Landtag zum Tag der Deutschen Einheit fest. Die Linksfraktion hat deshalb heute beschlossen, dass sie der Veranstaltung geschlossen fernbleiben wird. Der Vorsitzende Rico Gebhardt erklärt:



Rico Gebhardt.

Foto: LTF

„Herr Vaatz kann nach Belieben seine Meinung sagen – aber die Meinungsfreiheit gibt niemandem das Recht,

seine Meinung zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort zu äußern. Die Meinungsfreiheit begründet auch kein Recht darauf, angehört zu werden. Ich halte Arnold Vaatz nicht für eine geeignete Persönlichkeit, um an diesem Tag und an dieser Stelle das Wort zu ergreifen. Der Landtagspräsident hat dem Ansehen des Parlaments mit seiner Einladung einen Bärendienst erwiesen – Parteipolitik und persönliche Gefallen gingen offenbar vor. Nun muss sich der Parlamentspräsident fragen lassen, ob er das richtige Signal setzt, wenn nur CDU und AfD einen Festredner für angemessen halten und ihm zuhören.

Es soll offensichtlich eine Feierstunde nach dem Geschmack der sächsischen CDU werden, die erneut den Blick al-

lein auf 1989/1990 und eher nicht auf ihr Handeln in den 30 Jahren danach richten wird. Wir sind aber nicht scharf darauf, uns in einem Nebel der Selbstbeweihräucherung weitere krude Thesen eines Festredners anzuhören, der sich längst ins politische Abseits manövriert hat.“

Luise Neuhaus-Wartenberg, die in der Linksfraktion zuständig für das Thema Osten und gleichzeitig auch Dritte Landtags-Vizepräsidentin ist, fügt hinzu:

„Der SPD-Abgeordnete Frank Rich-



Luise Neuhaus-Wartenberg.

Foto: LTF

ter wies im Juni im Landtag zu Recht darauf hin, dass es nach 30 Jahren vor-

allem um gegenseitige Aufklärung und Versöhnung gehen muss, nicht um das Schüren weiteren Grolls. Von Arnold Vaatz erwarten wir dazu keinen tauglichen Beitrag.

Der Osten braucht 30 Jahre nach der Einheit eine selbstkritische und ehrliche Bilanz des Erreichten und Unerreichten, einen sensiblen Umgang mit ostdeutschen Erfahrungen und Verständnis über alle Generationen hinweg für die unterschiedlichen ostdeutschen Lebensgefühle. Herr Vaatz hat per Gastbeitrag in einem rechtspopulistischen Medium die Auffassung vertreten, die heute Regierenden behandelten die Proteste gegen Corona-Eindämmungsmaßnahmen beinahe so wie die SED die Proteste 1989 in der DDR. Das zeugt nicht von einem klaren und unvoreingenommenen Blick auf die Wirklichkeit, den wir doch so dringend brauchen, um Ost und West in gegenseitigem Verständnis einander anzunähern.“

Sachsens Polizei beschaffte sich mehr Daten von Corona-Betroffenen als bisher bekannt - komplett aufklären!

Die für Innenpolitik zuständige LINKEN-Abgeordnete Kerstin Köditz hat mit einer Kleinen Anfrage aufgedeckt, dass sich die Polizei im Frühjahr Daten zu mit dem Corona-Virus infizierten Personen von mehreren Gesundheitsämtern beschafft hat. Nun stellt sich heraus: In Sachsen sind in noch größerem Umfang, als es bislang eingeräumt wurde, personenbezogene Informationen an die Polizei geflossen:



Kerstin Köditz.

Foto: LTF

de diese zweifelhafte Praxis Anfang April gestoppt, die Daten gelöscht. Drastischer ging es im Kreis Zwickau zu. Dort übermittelte das Landratsamt ab dem 24. März täglich eine Auflistung von Quarantänefällen an die Polizei, und zwar ‚auf ausdrückliche Anforderung‘ der Zwickauer Polizeidirektion. Erst Mitte April und damit viel zu spät war mit diesen pauschalen Datenlieferungen Schluss. Besonders gravierend: Die sensiblen Informationen wurden bei der Polizeidirektion noch wochenlang aufbewahrt und erst am 12. Mai ‚vollumfänglich‘ gelöscht. Das hätte früher auffallen können und müssen. Doch der zuständige Datenschutzbeauftragte konnte ‚aufgrund von länger andauernder Abwesenheit‘ nicht konsultiert werden, behauptet der Landkreis. Unprofessioneller geht es kaum!

Besser lief es in den Landkreisen Bautzen und dem Vogtlandkreis, dort wurden Daten zu Infizierten und zu

Koalition stimmt gegen Landes-Aufnahmeprogramm für geflüchtete Menschen aus Griechenland - Endlich helfen!

Zur Ablehnung des Antrages der Linksfraktion „#LeaveNoOneBehind: Jetzt erst recht – Geflüchtete aus Flüchtlingslagern in Griechenland in Sachsen aufnehmen!“ heute im Sozialausschuss sagt die Sprecherin der Linksfraktion für Migrations- und Flüchtlingspolitik, Juliane Nagel:



Juliane Nagel.

Foto: LTF

„Die Regierungskoalition hat unsere Forderung abgelehnt, insgesamt bis zu 500 Geflüchtete aus den Lagern in Griechenland in Sachsen aufzunehmen. Anstatt Druck auf den Bundesinnenminister zu machen, damit die Aufnahmebereitschaft dutzender Kommunen in Deutschland endlich in konkrete Hilfe mündet, meinen CDU, SPD und Grüne, dass 70 Menschen genug seien – darauf hatte sich die Koalition bereits verständigt. Das macht mich wütend und traurig. Es kann nicht sein, dass tausende Menschen – darunter viele Kinder – mo-

natelang auf der blanken Erde oder unter Planen dahinvegetieren, ohne ausreichende medizinische Versorgung, ohne ausreichend Nahrung und unter katastrophalen Hygienebedingungen. Das Lager Moria und sein Ende waren eine Katastrophe mit Ansage, die sich niemals wiederholen darf. Forderungen nach einem Wiederaufbau, wie sie der Ministerpräsident erhoben hat, sind schlicht unmenschlich. Sachsen hat genug freie Kapazitäten, um diese Menschen – darunter viele unbegleitete Kinder und Jugendliche – zu retten und ihnen einen Neustart zu ermöglichen.“

„Bisher war bekannt, dass das Landratsamt Sächsische-Schweiz Osterzgebirge im März und April entsprechende Listen an die Polizeidirektion Dresden und mehrere Reviere im Kreisgebiet sandte – ohne erkennbaren Sinn, ohne klare Rechtsgrundlage und selbst dann noch, als das Innenministerium die pauschale Übermittlung an die Polizei bereits ausdrücklich untersagt hatte. Das waren leider keine Einzelfälle, wie sich jetzt herausstellt.

So übermittelte der Landkreis Görlitz vom 20. März bis zum 1. April sieben Mal Datensätze zu Quarantänefällen an die Polizeidirektion Görlitz. Dort hatte man die entsprechenden Listen im Rahmen der ‚Aufgabenwahrnehmung‘ angefordert. Konkretere Angaben gibt es nicht, doch immerhin wur-

Quarantänefällen nicht pauschal übermittelt, sondern nur in begründeten Einzelfällen zugänglich gemacht. Und in den Kreisen Meißen, Mittelsachsen,

Nordsachsen, im Landkreis Leipzig und im Erzgebirgskreis wurden gar keine Daten an die Polizei gereicht. So sollte es normalerweise auch sein.

Görlitz:

Linksfraktion will, dass Görlitz sich dem Städtebündnis: „Städte Sicherer Häfen“ anschließt.

Nachdem am 8. September ein Feuer das Flüchtlingslager Moria vollständig zerstört hat und sich damit die Zustände für geflüchtete Menschen noch einmal verschlimmert haben, stellt die Linksfraktion im Stadtrat nun einen Antrag, dass auch Görlitz klar Flagge bekennen soll und sich wie über 130 andere deutsche Kommunen freiwillig anbieten sollte, Menschen aus den Lagern an der EU-Außengrenze aufzunehmen.

Mirko Schultze, Görlitzer Stadtrat und Landtagsabgeordneter der LINKEN dazu: „Bereits seit Jahren bemängeln wir als Linke die Situation in den Flüchtlingslagern an der europäischen Außengrenze. Die hygienischen Bedingungen waren bereits vor dem Brand in Moria katastrophal und die Lager nur für einen Bruchteil der aktuell dort lebenden Menschen ausgelegt. Jetzt mit dem Brand in Moria verschlimmert sich diese Situation drastisch – und es darf nicht länger weg geschaut werden. Deshalb wollen wir auch aus Görlitz den Druck auf die sächsische Staatsregierung und die Bundesregierung erhöhen, endlich Schutzsuchende aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Wir

haben die Kraft und den Platz um Menschen zu helfen – nur blockiert u.a. der Innenminister Horst Seehofer die Hilfe, indem sogar Ländern wie Berlin die freiwillige Aufnahme von Geflüchteten untersagt wird.“

„Seit mehr als einem Jahr haben die Regierenden alle Warnungen ignoriert, dass die Menschen dort Hilfe brauchen. Deutschland, Sachsen und auch Görlitz kann helfen und wir müssen das auch sofort tun. Deshalb wollen wir, dass Görlitz sich bereit erklärt, Menschen aus den Lagern aufzunehmen und sie menschenwürdig unterzubringen.“ So Mathias Fröck, Fraktionsgeschäftsführer der Stadtratsfraktion. „Wenn uns die Katastrophe von Moria nicht die Augen öffnet und endlich handeln lässt – dann können wir die Werte der Europäischen Union gleich komplett streichen. Wir sind nicht mehr bereit zu hoffen, dass der Oberbürgermeister von sich aus handelt. Jetzt muss auch die CDU bekennen, ob das C in ihrem Namen noch für christlich steht oder ob Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit für sie keine christlichen Werte mehr sind.“ So Mathias Fröck weiter. (red.)

Zittau:

Haushaltskonsolidierung, Einsparungen aber Feste feiern - nicht mit uns!

Jens Hentschel-Thöricht von der Stadtratssitzung im September

Wie sagt der Volksmund „ich kann nur das ausgeben, was ich habe“. Als LINKE



haben wir deswegen gegen die Bewerbungen zum „Tag der Sachsen“ und auch dem „Landeserntedankfest“ gestimmt. Warum? Das Geld reicht kaum für die dringendst notwendigen Ausgaben, das Landeserntedankfest kann die Stadt aber bis zu 80.000 Euro kosten. Außerdem ist das Defizit aus der Kulturhauptstadtbewerbung nach wie vor seitens der Stadtverwaltung unaufgeklärt im Stadtrat.

Wir wollen die wenigen Finanzmittel

der Stadt lieber unter anderem für beitragsfreie Kita- und Hortplätze, verschließbare Fahrradabstellboxen, Sitzbänke und auch Hundetoiletten ausgeben.

DIE LINKE ist die soziale Alternative für Zittau – für Sie und ihre Anliegen. Treten Sie mit uns für einen grundlegenden Wandel ein und kämpfen Sie mit DIE LINKE. Sachsen für soziale Gerechtigkeit – und zwar das ganze Jahr!

Görlitz:

DIE LINKE. will regelmäßige Berichte zur Finanzsituation der Stadt

Die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat fordert einen quartalsweisen, schriftlichen Bericht über die Entwicklung des städtischen Haushaltes für alle Stadträte.

„Dass die Linksfraktion sich Sorgen um die Haushaltslage der Stadt macht, dürfte in den letzten Monaten bereits klar geworden sein. Als einzige Fraktion haben wir in den letzten Monaten immer wieder kritisiert, dass mit der Mentalität – es wird schon alles gut – trotz höherer Ausgaben und geringerer Einnahmen, die ohne angespannte Haushaltssituation noch mehr gefährden kann.“ So Mirko Schultze, Stadtrat und Sprecher für Kommunal Finanzen der linken sächsischen Landtagsfraktion. Mirko Schultze weiter: „Gerade als Stadträte ist es unsere Aufgabe die Ausführung von Beschlüssen zu überwachen und auf Mißstände hinzuweisen – gerade bei der Haushaltsführung ist dies aber in einem Ehrenamt aktuell nur sehr schwer und mit erheblich höheren

Zeitaufwand möglich. Deshalb stellen wir den Antrag, dass die Verwaltung regelmäßig konkret über die Entwicklung des Städtischen Haushaltes und seine Bewirtschaftung schriftlich berichtet.“

„Stadträte haben das Recht über die konkrete Haushaltssituation informiert zu werden. Prinzipiell könnte unsere Fraktion diese Informationen über eine regelmäßige Abfrage erhalten – mit unserem Antrag würde aber mehr Routine und eine automatische Information über die Haushaltsführung allen Stadträten schriftlich zugänglich gemacht werden.“ Erklärt Mathias Fröck, Fraktionsgeschäftsführer der Linksfraktion. „Dieses Mehr an Transparenz kommt dann auch allen demokratischen Fraktionen zugute, da wir alle verpflichtet sind, zu Anträgen einen sachgerechten Deckungsvorschlag mitzuliefern. Dies ist aber nur möglich, wenn wir über die aktuellen städtische Finanzen auch informiert werden.“ (red.)

Aus dem Kreisverband Görlitz

Weltfriedenstag in Weißwasser

Am 1. September begingen die Genoss*innen den Weltfriedenstag am sowjetischen Ehrenmal am Friedhof. Auszüge aus der Rede von Heike Krahl:

„Vor 81 Jahren begann mit dem Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg. Das war der offizielle Beginn. Die Vorbereitungen erfolgten weit vorher. Mit Aufrüstung an Waffen, mit Aufrüstung an Worten. Wenn wir uns fragen, wie konnte dies geschehen? Dann brauchen wir uns nur die aktuellen Ereignisse ansehen. Die sogenannten Corona-Demos in Berlin. Dort laufen Menschen, die unzufrieden mit vielen Bedingungen sind mit Rechten, mit Reichskriegsflaggen schwenkenden, mit Verschwörungstheoretikern und mit gewaltverherrlichenden Menschen mit. Verbal wird immer stärker gegen Rußland und Putin gehetzt. Es wurde eine NATO Übung veranstaltet, die das Ziel hatte, den Verteidigungsfall gegen Rußland zu trainieren. Dazu wurden sogar Technik und Truppen durch Sachsen transportiert. Mit Zustimmung der Landesregierung Sachsen. Das Verteidigungsministe-



Foto: Heike Krahl

rium modernisiert nicht nur die Ausrüstung, es beschafft Waffen die nuklearfähig sind. 75 Jahre nach Nagasaki und Hiroshima sind Atomwaffen noch nicht geächtet. Für 2.8 Mrd sollen Kriegsschiffe angeschafft werden, Kampfdrohnen werden gekauft und an die Türkei verkauft. Der Waffenexport ist so hoch wie nie. Jugendliche werden aggressiv für die Bundeswehr angeworben und dürfen ab 17 Jahren in die Ausbildung. SPD und Grüne stimmen für Auslandseinsätze. Unsere Maxime muss lauten: kriege beenden, abrüsten statt aufrüsten, Kooperation statt Konfrontation. 75 Jahre Frieden sind ein hohes Gut. Wenn die Regierung von deutscher Verantwortung in der Welt spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösung sein.“

OV Zittau:

Linke erinnert an Weltfriedenstag



Foto: Jens Hentschel-Thöricht

Am 1. September kamen ca. 30 Bürgerinnen und Bürger zusammen, um gemeinsam mit der stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Caren Lay und der LINKEN, Zittau am Dreiländerpunkt in Zittau an den Weltfriedenstag zu erinnern.

„Nie wieder Krieg – soziale Sicherheit statt Aufrüstung und Konfrontation“ war die Botschaft, die an diesem Tag von der Dreiländergrenze Polen – Tschechien und Deutschland gesendet wurde. Der 1. September war und ist Anlass und Verpflichtung, sich stark zu machen gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisation und für Kooperation, Austausch und zivile Konfliktbewältigung. Damit eine friedlichere Welt möglich wird.

Im Anschluss übergab die Lausitzer Bundestagsabgeordnete der LINKEN einen Spendenscheck in Höhe von 500 Euro an den Eine-Welt e.V. in Zittau. Damit unterstützt der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE die Umrüstung der Beleuchtung des

Vereinsraumes.

Etwa 15 Menschen folgten der Einladung zu einer ungewöhnlichen Buchlesung im „Eine-Welt“ Laden Gaia unter dem Motto: „Wir haben noch was zu sagen“ - Lesen gegen das Vergessen.

Die ehemalige Landtagsabgeordnete der LINKEN Heiderose Gläß und Frau Lay lasen gemeinsam aus der Broschüre „Eine ungewöhnliche Lebensgeschichte – Angelika Jannack (09.12.1925)“. Die Lebensgeschichte von Angelika Jannack (geborene Leimer) aus Bautzen erzählt, wie aus dem streng katholisch erzogenen sorbischen Mädchen eine engagierte Antifaschistin und Kommunistin wurde. Angelika Leimer erlebte die Befreiung vom Faschismus unmittelbar südlich von Bautzen mit. Die Begegnung mit dem kommunistischen Widerstandskämpfer Karl Jannack, ihrem späteren Mann, veränderte ihr Leben grundlegend. *Jens Hentschel-Thöricht*

Löbau:

Vom Rat der BO-Vorsitzenden Löbau berichtet

Am 8. September trafen sich die Löbauer BO-Vorsitzenden zu ihrer monatlichen Beratung. Nach einem kurzen Rückblick auf den Info-Stand am 1. September, berichtete Edelgard Weidauer über Beschlüsse und Infos aus dem Kreisvorstand.

Um eine bessere Teilnahme an Rat der Basisvorsitzenden zu ermöglichen, wird dieser ab November 2020 immer am ersten **Mittwoch** des Monats (also

nicht mehr dienstags) stattfinden.

Die BO-Vorsitzenden beschlossen, die Mitgliederversammlung im IV. Quartal für den Bereich Löbau am 25. November im Hotel „Stadt Löbau“ durchzuführen und diese mit der traditionellen Jahresabschlussfeier zu verbinden. Die Jahresplanung für 2021 ist ein wichtiger Tagesordnungspunkt der Beratung.

Löbau:

Endlich seid ihr wieder mal da...

Genoss*innen aus Löbau hatten beschlossen, am 1. September auf dem Löbauer Markt an den Weltfriedenstag zu erinnern. Unterstützt durch den Kreisgeschäftsführer Marko Schmidt und Gabi und Matthias Eichner aus Görlitz, ging es pünktlich 10 Uhr

los. Da die Aktion in der Sächsischen Zeitung angekündigt war, gab es viele aufmunternde Worte. Die Marktbesucher freuten sich wieder mal DIE LINKE in der Öffentlichkeit zu sehen und dass das Thema „Frieden“ in Mittelpunkt der Gespräche, Informationen und Flyer



„Frieden“ ist das wichtigste Thema und Alleinstellungsmerkmal der LINKEN – und muss es bleiben.v.l.: Matthias Eichner, Heiderose Gläß, Edelgard Weidauer und Marko Schmidt. *Foto: Gabi Eichner*

stand.

Die von Gregor Gysi gemachten Äußerungen zum Verbleib in der NATO bei eventueller Regierungsbeteiligung der LINKEN auf Bundesebene wurden durchweg kritisiert. *(hg)*

Weitere Friedensaktivitäten am 1. September

An der Neiße in der Gemeinde KrauschwitzAn der Friedensbrücke in Görlitz

OV Niesky

Mitgliederversammlung im Bürgerhaus

Nach längerer Corona-bedingter Pause trafen sich die Genossinnen und Genossen des OV Niesky am 21. September zu ihrer Gesamtmitgliederversammlung im Bürgerhaus. Als Gast wurde Mirko Schultze begrüßt. Er berichtete von der Arbeit der Kreistagsfraktion in den letzten Monaten, die auch von den Beschränkungen durch Corona geprägt war. Trotzdem stan-

den die Probleme um die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz und soziale Themen im Mittelpunkt der Arbeit. Im kommenden Kreistag am 7. Oktober soll darüber abgestimmt werden, dass der Landkreis Görlitz aus der Wirtschaftsregion Lausitz, die den Strukturwandel in der sächsischen und brandenburgischen Lausitz begleiten sollte, austritt, da Sachsen eine eigene

Gesellschaft gegründet hat, weil auch das Mitteldeutsche Revier vom Strukturwandel betroffen ist. Damit wird es schwieriger, die Lausitz als Gesamtregion zu entwickeln, obwohl es eine Zusammenarbeit geben soll. Der Landrat will außerdem einen Bericht zur Entwicklungsstrategie „Lausitz 2050“ geben, die Ziele und Wege der Transformation aufzeigen soll. Genossin Lachnit gab dann einen Überblick über die Finanzen im OV. Bis auf den Posten „Spenden für LdN“

liegen wir überall gut im Rennen. In der Diskussion wurde angesprochen, dass es in manchen Orten am Geld fehlt, um für Senioren oder Jugendliche geeignete Räumlichkeiten für ihre Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. Offensichtlich ist noch nicht überall bekannt, wie die Struktur Gelder beantragt und eingesetzt werden können. Es gab auch eine Nachfrage zur angekündigten Aufhebung der Immunität von Mirko Schultze im Landtag, die dieser kurz beantwortete. *S. Kunze*

Wir trauern mit seiner Familie um Genossen

Werner Krause

30.11.1924 - 15.08.2020

sein Vermächtnis werden wir in Ehren halten.

BO Olbersdorf / OV Zittau

Uns erreichte die traurige Nachricht, dass unser

Genosse Rudolf Koinzer

aus Niesky im Alter von 93 Jahren verstorben ist. Rudolf Koinzer hat als ehemaliger Betriebsdirektor des Waggonbau Niesky in ganz besonderem Maße zur Entwicklung des Betriebes beigetragen, so dass sich der Spezialgüterwaggonhersteller bis in die Gegenwart als ein weltweit anerkannter Schienenfahrzeugbauer behaupten konnte. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren. *OV Niesky*

Information in Wort und Bild**Traditioneller Arbeitnehmerempfang in Görlitz**

Jedes Jahr im Herbst lädt der DGB in Ostsachsen in eine andere Stadt der Region zu dieser Veranstaltung ein. (Im vergangenen Jahr war Zittau Gastgeber, LdN berichtete.)

Unter dem Motto „WIR WOLLEN REDEN - und mit euch feiern!“ fand der diesjährige Arbeitnehmerempfang für die Landkreise Görlitz und Bautzen am 21. September um 17 Uhr im Wichernhaus in Görlitz statt.

Nach der Eröffnung durch den Görlitzer DGB Kreisvorsitzenden Stefan Holthaus und dem Grußwort



Annett und Andreas Storch, ehemalige LINKE Stadträte in Görlitz, wurden von OB Octavian Ursu begrüßt. Foto: G. Eichner
des Görlitzer OB Octavian Ursu, hielt die stellvertretende DGB Vorsitzende

Sachsens, Anne Neuendorf, die Festrede. Für ihre gute und engagierte ehrenamtliche Arbeit wurden von ihr Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften, viele Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleute, geehrt.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch das „Lusace“ Saxophonquartett der Kreismusikschule Dreiländereck.

Dem offiziellen Teil schloss sich ein gemütliches Zusammensein mit einem leckeren Büfett und Soljanka an.

Dabei bestand auch Gelegenheit mit Politikern verschiedener Parteien ins Gespräch zu kommen, wie z.B. Dr. Stephan Meyer, Landtagsabgeordneter der CDU, der Landrat in Görlitz werden möchte. Von der Linkspartei waren die beiden langjährigen ehemaligen Stadträte Annett und Andreas Storch anwesend. Es war ein insgesamt gelungener interessanter Nachmittag bzw. Abend. Besonderer Dank gilt Doreen Schimke vom DGB, die das alles unter erschwerten Bedingungen organisiert hat.

Gabi Eichner

Unterstützung gegenseitiger Zusammenarbeit, Entwicklung und Prosperität

„Im Namen des Oberbürgermeisters der Stadt Zittau heiße ich Sie ganz herzlich in unserem Bürgersaal willkommen. Mit einem Verwaltungsaustausch begann das Projekt 2017, inzwischen ist viel gemeinsame Arbeit in die Untersuchung der Möglichkeiten für einen gemeinsamen Entwicklungsraum geleistet worden.

Für mich persönlich erhoffe ich Antworten auf die Fragen welche Auswirkungen Corona auf angelaufene Maßnahmen in der Region hat, welche neue Chancen sich aktuell in welchen konkreten Bereichen eröffnen – Stichwort Tourismus und Wohnungsmarkt. Ich bin der Zuversicht, dass die heute vorgestellte Studie helfen kann, dass



unsere Region weiter zusammenwächst, die Staatsgrenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden.

Ob die Ziele des Projektes erreicht werden, wird die Zukunft zeigen. In meinen persönlichen Augen kann eine weitere Intensivierung und strategische Ausrichtung der Zusammenarbeit zwi-

schens den Städten Liberec und Zittau zum Nutzen des tschechisch-sächsischen Teilraumes der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa nur Vorteile bringen. Eine Ver-

ständigung auf gemeinsame und evidenzbasierte Entwicklungsprioritäten und Maßnahmen für den Raum unter Einbeziehung der örtlichen Wirtschaft, der Bürgerschaft und der Fachöffentlichkeit sowie die Stärkung der Zusammenarbeit kann auf beiden Seiten der Grenze gewinnbringend

für uns alle sein. In diesem Sinne wünsche ich eine interessante Tagung mit fassbaren Ergebnissen.“

Mit diesen Worten eröffnete der stellvertretende Oberbürgermeister der Stadt Zittau Jens Hentschel-Thöricht am 11. September die Vorstellung der ersten Ergebnisse zur gemeinsamen Zusammenarbeit, Entwicklung und Prosperität zwischen Liberec und Zittau. Diese beinhalten die Analyse des grenzüberschreitenden Planungsraumes mit dem Ziel, Potenziale der Region herauszuarbeiten und daraus Handlungsempfehlungen für die kommenden 10 Jahre abzuleiten. Die Ergebnisse werden sicherlich zeitnah veröffentlicht werden. *(red.)*

Schluss mit dem Raubbau – Mühlrose muss bleiben!

LEAG beginnt mit Abriss von Mühlrose. So eine Information der LEAG an die Einwohnerinnen und Einwohner von Mühlrose, dass das Unternehmen in dieser Woche mit dem Abriss der ersten Häuser beginnen will, die es dort erworben hat. Antonia Mertsching, Lausitzer Abgeordnete der Linksfraktion, richtet darauf hin einen offenen Brief an die Lausitz Energie Bergbau AG. „Die Zerstörung von Wohnhäusern wollen Sie vornehmen, obwohl es noch keine bergrechtliche Genehmigung zur Abaggerung von Mühlrose gibt und obwohl laut einer kürzlich erschienenen Studie von Ernest & Young im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums ebenso wie Berechnungen von Pao-Yu Oei, Leiter der CoalExit Forschungsgruppe; DIW Berlin und TU Berlin (siehe Anhörung im Sächsischen Landtag vom 30. Juni 2020) bestätigen, dass die im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes vereinbarten Kohlemengen den Abbau der unter Mühlrose lagernden Braunkohle nicht erfordern.

Artikel 14 (2) des Deutschen Grundgesetzes lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Auch ein tschechischer Konzern muss sich in Deutschland vor dem Deutschen Grundgesetz verantworten. Ich frage Sie, welchen Nutzen die Zerstörung von funktionstüchtigen Häusern hat, wenn damit in das Dorfleben von Mühlrose unwiederbringlich eingegriffen wird und das Dorfbild, Ortskultur und brauchbare Ressourcen zerstört werden?

Ich fordere Sie auf, von der Strategie der verbrannten Erde abzulassen und



Demozug.

Foto: S. Kunze

die geplante Zerstörung des von Ihnen erworbenen Eigentums auszusetzen, bis über die Zukunft von Mühlrose entschieden ist.“

Verschobener traditioneller Nach-Osterspaziergang in und um Schleife

Kreisrätin Sabine Kunze ergänzt und schreibt über den jüngsten Spaziergang von Schleife: „Im Frühjahr 2013 gründete sich das Netzwerk ‚Kein Nochten II – Strukturwandel jetzt‘, um den Neuaufschluss des Abbaufeldes II des Nochter Braunkohletagebaus und eine weitere Zerstörung sorbischen Siedlungsraumes und wertvoller Naturräume zu verhindern. Dazu fanden jährlich am Wochenende nach Ostern Spaziergänge von Kritikern der aktuellen Energiepolitik in Deutschland statt, an denen viele Menschen

der Region und darüber hinaus teilnahmen, wie auch Vertreter*innen der LINKEN im Landkreis Görlitz (LdN berichtete darüber). Nach vielen Jahren und nicht mehr zu leugnenden Auswirkungen des Klimawandels auch bei uns – gerade haben wir den dritten heißen und trockenen Sommer mit sterbenden Bäumen und staubenden Feldern erlebt – ist endlich das Kohleausstiegsgesetz im Bund beschlossen worden und sind mit dem Strukturstärkungsgesetz die Weichen für den Strukturwandel in der Lausitz gestellt. Und trotzdem will der Bergbaubetreiber LEAG nicht nur den genehmigten Tagebau Nochten I weiter abbauen, sondern auch noch das Sonderfeld Mühlrose. Im Juni wurde eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit dem Titel ‚Plausibilisierung der Unternehmensplanung der LEAG hinsichtlich der

Nutzung von Braunkohle‘ veröffentlicht, in der steht: ‚Im Ergebnis hat die LEAG Ihre langfristige Unternehmensplanung mit Verabschiedung des Revierkonzeptes am 30.03.2017 auf die Rahmenbedingungen dieses Konzeptes umgestellt. Damit liegt der planmäßig zu fördernde Kohlebedarf durch Erschließung des Sonderfeldes Mühlrose nach unseren Plausibilitätsüberlegungen um 126 Mio. t über dem im Verkauf vom Voreigentümer Vattenfall im Verkaufsszenario 1A geplanten Kohlebedarf und um 139 Mio. t über dem Kohlebedarf im Ausstiegsszenario gemäß der Bund-/Länder-Einigung.“

Schaffung vollendeter Tatsachen

Das heißt, die Kohle unter Mühlrose ist gar nicht mehr nötig und das Dorf brauchte nicht abgebagert zu werden. Trotzdem hat die LEAG begonnen, Häuser abzureißen um vollendete Tatsachen zu schaffen. Gegen dieses Vorgehen richteten sich die Teilnehmer*innen des Sonntagsspaziergangs am 20. September von Schleife auf ein Waldstück bei Mühlrose, das die ‚Grüne Liga‘ Cottbus bis 2037 gepachtet hat und nicht zum Abbagern abgegeben wird. Antonia Mertsching (DIE LINKE-MdL), Kathrin Kagelmann (stellvertretende Landesvorsitzende DIE LINKE Sachsen) und Sabine Kunze (Kreisrätin DIE LINKE Görlitz) nahmen wie in den Vorjahren am Protest teil. Der Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen muss endlich Einhalt geboten werden, das sind wir folgenden Generationen einfach schuldig.

Bericht von der DGB-Lausitzkonferenz in Hoyerswerda

Ein Beitrag von Antonia Mertsching

Am 23.09. fand die 16. Lausitzkonferenz des DGB-Ostsachsen statt, dieses Mal wieder auf sächsischer Seite. Und die Genoss*innen Kagelmann, Schultze, Fröck und Lay waren ebenso wie ich mit von der Partie. Den kulturellen Auftakt machte Udo Tiffert, ein Schriftsteller wohnhaft in Rothenburg, der mit seiner Poetry Slam-Einlage die gesellschaftlichen Zerwürfnisse der letzten 80 Jahre der Lausitz verarbeitete. Besonders ein Satz blieb mir hängen: Wachstum hat nur einen Sinn: Umverteilung. Immer von unten nach



Antonia Mertsching.

Bezirksvorsitzenden stellten die Lausitzbeauftragten von Brandenburg und Sachsen die Strukturen vor, mit dem der

Strukturwandel hier wie dort angegangen werden soll. Das oberste Ziel der sächsischen Staatsregierung ist: möglichst alle Fördermittel abrufen, dazu hierarchische Strukturen aufbauen, so wenig wie möglich Beteiligung und Diskussion. Bei der anschließenden Diskussionsrunde bemängelten Kommunalvertreter(!), dass sie zu wenig in die Erarbeitung des Investitionsgesetz‘ Kohleregionen einbezogen wurden, Unternehmensvertreter(!) bedauerten die fehlende Wirtschaftsförderung und die Gewerkschafter(!)

forderten eine Strategie aus einem Guss. Eins machte auch die Lausitzkonferenz deutlich: den Strukturwandel in der Lausitz machen und diskutieren nur Männer! Immerhin: Bei einer Befragung des Publikums gab ein Großteil an, die Zukunftschancen der Lausitz optimistisch zu sehen. Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern dagegen sei ausbaufähig. Im Publikum saßen mehr Frauen als Männer.

Fahrende „Spinnräder“

Verein wirbt mit neuem Mobilitätsprojekt für nachhaltigen Strukturwandel

Ein Beitrag von Kathrin Kagelmann

Drei „Spinnräder“ rollen ab jetzt in Weißwasser und Umgebung. Die modern aussehenden Elektro-Rikschas oder Velotaxis, die eigentlich eher in Großstädten anzutreffen sind, wurden durch den Verein „Eine Spinnerei – vom nachhaltigen Leben e.V.“ in die Lausitz geholt und werden in der ersten Projektphase der sauberen Mobilität im Schulbetrieb der Freien Alternativschule Weißwasser dienen. „Für uns ist es wichtig, dass der Strukturwandel auch eine Entwicklung zu mehr Umweltbewusstsein bewirkt.“ erklärt Friederike Böttcher, Vorsitzende des Umweltbildungsvereins. Dass eine solche Zukunft auch im Kleinen ganz praktisch vorangetrieben werden kann, sollen die „Spinnräder“ demonstrieren. Und umweltschonend ist die Art der Mobilität auf jeden Fall, denn das „Spinnrad“ ist ebenso Rikscha wie Lastenfahrrad. Es bietet vielfältige Möglichkeiten, Menschen und Material ohne schädliche Abgase und Feinstaub, dafür per Elektromotorunter-



Ein Spinnrad der ganz anderen Art!

Foto: privat

stützter Muskelkraft zu transportieren. Das Projekt will den finanziellen Nutzen und die praktische Einsatzbreite der Fahrzeuge für den gemeinnützigen Vereinsbereich ausloten. Weitere Kooperationen mit interessierten Partnern sind geplant. Die Erfahrungen mit den Fahrzeugen sollen dokumentiert, zusammengefasst und anschließend öffentlich vorgestellt werden. Dass es nun endlich geklappt hat,



EINE SPINNEREI
VOM NACHHALTIGEN LEBEN E.V.
NATURBILDUNG UND KULTURANGEBOTE

freut vor allem Adrian Rinnert, Verantwortlicher des „Spinnrad“-Projekts, und er glaubt, dass die „Spinnräder“ auch überregionale Anziehungskraft entfalten können. „Wenn wir wollen, dass junge Menschen unsere Region anziehend finden, dann können wir dazu auch etwas beitragen, indem wir mit tollen Projekten überzeugen.“ so Rinnert. „Mit den „Spinnrädern“ gehen wir als Umweltbildungsverein unseren Weg konsequent weiter.“ Für die spannenden neuen Fahrzeuge gibt es bereits jetzt viel positives Feedback.

Hintergrund:

Die Freie Alternativschule (FAS)

Weißwasser wurde 2019 gegründet und ist eine kleine Grundschule in freier Trägerschaft. Der Verein „Eine Spinnerei – vom nachhaltigen Leben e.V.“ wurde 2013 in der Gemeinde Spreetal gegründet. Seitdem wurden durch den Verein regelmäßig zahlreiche Umweltbildungsangebote, wie Kindercamps, Podiumsdiskussionen, Workshops und ähnliches organisiert. Das „Spinnrad“, auch bekannt als „Velotaxi“, wurde ursprünglich für den Personentransport und als Träger von Werbeflächen entwickelt und kommt vor allem in größeren Städten zum Einsatz. Hersteller ist die bayrische Firma BAYK.

Ein „Velotaxi“ hat eine Elektro-Unterstützung bis 25 km/h, eine maximale Zuladung von 300 kg und bietet mit seiner Kabine und Wetterschutzfolien einen gewissen Schutz gegen Wind und Regen. Inwieweit dieser Schutz auch einen Betrieb im Winter erlaubt, soll im „Spinnrad“-Projekt unter anderem erprobt werden.

Ein Denkanstoß

Unser täglich Krieg mit Worten

Ob nun die Elitemannschaft einer Fußballhochburg den Gegner im Endspiel wieder einmal vernichtend geschlagen hat, Angriff dabei die beste Verteidigung war und die Unterlegenen im Kreuzfeuer der Kritik stehen und dabei mächtig unter Beschuss geraten ... oder sich politische Kontrahenten gegenseitig übertrumpfen und dabei Wortgefechte oder gar ganze Duelle liefern – bei derlei Schlagabtausch geht der Angegriffene natürlich schnell auf die Barrikaden. Und wenn dann wegen der jüngsten Steuerhinterziehungen von Mr XY die Bombe platzt, sorgt das natürlich auch für Furore (italienisch für „Leidenschaft; Raserei, Wut“) in den einschlägigen Zeitungen. Solch ein Makel (aus lat. Macula „Fleck“) lässt sich natürlich nicht so leicht austilgen (zu aengl. a~dilegian „Geschriebenes auswaschen, -löschen, vernichten“) und der Betroffene wird zur Zielscheibe vielerlei Schmähungen (zu adh. sma~hi „Kleinigkeit; Niedrigkeit, Entehrung“).

Unsere Sprache ist voll von martialischen Ausdrücken und Wendungen, die häufig bis ins Mittelalter zurückreichen. Beredte Beispiele dafür sind unter anderem „jemanden im Stich lassen“. Herrührend daher, dass dereinst der Ritter in einer Schlacht von seinem Knappen begleitet wurde und dessen Ersatzpferd und eine zweite Lanze erhielt, wenn ihm seine Erstausrüstung abhandengekommen war. Ließ der Knappe ihn jedoch „im Stich“, war der Ritter dem gegnerischen Angriff ungeschützt ausgesetzt. Ebenso sind „stichhaltige Argumente“ solche, die standhalten wie ein Harnisch dem Stich einer Lanze. Und für jemanden „eine Lanze brechen“ bedeutete, dass im mittelalterlichen Turnier ein Ritter den Bruch seiner Lanze riskierte.

Je länger man über dieses Thema nachdenkt, umso mehr sprachliche Bilder drängen sich auf. Besonders „betroffen“ ist die Sprache von Politik und Medien, aber auch in der Wirtschaft. (Verlustquoten, Werbefeldzüge, ...).

Nicht zuletzt bewältigen Bürokraten tonnenweise Papierkrieg.

Doch auch unsere Alltagssprache birgt reichlich kriegerisches Potential. (übers Ohr hauen, für Mitstreiter in die Bresche springen, ...). Selbst der beste Freund hat manchmal ein Attentat auf einen vor, wenn er vermeintlich freundlich um etwas bittet ... Mittelaltersprache? Erstaunlich ist deren Präsenz in der Gegenwart.

Auch wenn sich die Bedeutung im Laufe der Zeit gewandelt hat, sind es immer noch starke sprachliche Bilder, und darin begründet liegt wohl ihre heutige Funktion. Eine rein informative Funktion gibt es selten. In der Regel werden durch die Wortwahl Botschaften übermittelt und Emotionen geschürt.

Auf diese Weise beeinflusst Sprache unser Denken und Handeln. So macht nicht nur der Ton die Musik, sondern eben auch die Wortwahl die Sprache. Antje Müller / DROPS (gekürzt)

Pressefreiheit auf der Anklagebank

Heike Hänsel nimmt als Beobachterin am Auslieferungsprozess gegen den Publizisten und WikiLeaks-Gründer Julian Assange in London teil. „Das Verfahren“, so Heike Hänsel, „war bereits im Februar in rechtsstaatlicher Hinsicht umstritten, die Corona-Bedingungen verschärfen die Situation zusätzlich und gefährden Julian Assanges Gesundheit.“ Heike Hänsel weiter: „Hier sitzt die Pressefreiheit auf der Anklagebank und es ist überfällig, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft die extraterritoriale Verfolgung von Journalisten durch die US-Behörden zurückweist und sich für eine Freilassung von Julian Assange und dessen Anerkennung als politisch Verfolgter einsetzt.“

Camp Moria u. a.

Von Thomas Gsella

Was brennt, ist nach dem Brand vorbei:
Es liegt verbrannt am Boden.
Zu dem Behufe gibt es zwei
Verschiedene Methoden.
Die eine kommt von der Natur:
Sie erdet heiße Blitze
In Dorf und Stadt und Wald und Flur;
Wahlweise Sonnenhitze.
Die andre praktizieren wir:
Wir können Feuer legen.
Und spricht auch alles oft dafür,
Spricht oft doch nix dagegen.
Ein Menschenlager etwa ist
Nicht gut fürs Seelenklima.
So ist sein Fortbestehen Mist,
Jedoch sein Ende prima.
Auch andre schlechte Sachen sind
Gemacht, um uns zu quälen.
Und weil ich es zum Lachen find,
Hier alle aufzuzählen
(Ford, Siemens, Benz und das & dies,
Jobcenter, Fernseh, Nestlé,
Gefängnisse und SUVs,
Prachtschlösser und -palästä),
Verkürze ich: Ei, zündet an,
Ihr Kinder, Männer, Frauen!
Wenn etwas Schlechtes weg ist, kann
Man etwas Gutes bauen.

Bad Muskau

„Ponemieckie“ „Nachdeutschland“

Viel hörte ich von Bekannten und Verwandten, die die Heimat jenseits der Neiße verlassen mussten und wie sie die Zeit nach 1945 erlebten. Was ich nicht kannte, war die Sicht der Menschen, die in diese Gebiete zogen.

Diese Möglichkeit bekam ich am 11. September, denn da fand die Lesung „Ponemieckie“ mit Karolina Kuszyk im Schloss in Bad Muskau vor 60 Besuchern statt.

Vorgestellt wurde ein Buch über Menschen, die in der ehemaligen Ukraine wohnten und nach dem 2. Weltkrieg nach „Westpolen“ umgesiedelt wurden, in das ehemalige Deutschland, dem „Nachdeutschland“. Wo Vermögen, die Häuser und Gegenstände zurückgeblieben sind und die hier her umgesiedelten Menschen damit leben mussten. Es wurde berichtet, wie Menschen mit der Situation fertig wurden, vertrieben zu sein, in den Häusern der Feinde zu leben, ihre alte Heimat nie wieder besuchen und dennoch hofften, in ihre Heimat zurück zu dürfen, die sich nicht sicher waren, ob die Deutschen zurückkommen und die zu Beginn froh waren, dass noch Deutsche da waren, die bei der Ernte halfen, die Hilfe Deutscher annehmen zu müssen, um nicht zu verhungern. Diese umgesiedelten Menschen hatten nicht viel und nutzten alles Zurückgelassene, oft auch ohne zu hinterfragen.



Text und Fotos: Heike Krahl

Die individuellen Lebensgeschichten dieses Buch zeigen, wie sich das Verhältnis und Verhalten von Generation zu Generation wandelt.

Mit diesem Buch möchte Karolina Kuszyk auf diese Zeit der polnischen Geschichte aufmerksam machen und befragte deshalb polnischer Bürger*innen in ehemaligen deutschen Gebieten, deren persönlichen Perspektiven sind unverzichtbar sind für den Versöhnungsprozess zwischen polnischer und deutscher Bevölkerung. Die Diskussionsrunde im Anschluss barg die Hoffnung, dass an diese gelungene Veranstaltung angeknüpft werden kann.

Zu danken ist dem Musknica e.V., der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Stiftung Fürst Pückler Park für die Organisation der bemerkenswerten Lesung „Ponemieckie“ (Ehemals Deutsch) mit der Autorin Karolina Kuszyk. Der Abend wurde moderiert durch Dr. Annemarie Franke, Europäisches Zentrum für Versöhnung und Solidarität.

Termine

OV Görlitz

Ständige Termine im OV:

1. Dienstag im Monat: 18:00 Uhr
Informationstag

jeden Dienstag: 17:30 Uhr
Treffen der Linksjugend SOLID

Änderungen sind immer möglich, wenn notwendig oder sinnvoll!

OV Zittau

07.10. 10.00 Uhr
Ortsvorstand
im Zittauer Büro der LINKEN

07.10. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden
im Zittauer Büro der LINKEN

28.10. 15.00 Uhr
AG Cuba Si im Zittauer Büro der LINKEN

BO Löbau und Oberland

01.10. 17.00 Uhr Rathaus
Beratung der Stadtratsfraktion

06.10. 16.00 Uhr bei Fam. Weidauer,
Löbau, Damaschkestr. 10
Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden
Löbau

20.10. 17.00 Uhr
Gaststätte Brauerei Ebersbach
Mitgliederversammlung der BO Oberland

Vorschau November 2020

04.11. (Achtung Mittwoch!) 16.00 Uhr bei Fam.
Weidauer, Löbau, Damaschkestr. 10
Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden
Löbau

09.11. 10.00 Uhr – Gedenkstein am
Gericht Löbau (Promenadenring)
Gedenken an die Opfer der Reichspogrom-
nacht
Bitte auch die Presseveröffentlichungen beachten!

OV Region Weißwasser

06.10. 10:00Uhr
OV Sitzung

12.10. 15.30 Uhr
Mitgliederversammlung des OV Treffpunkt ist
die Gaststätte „Zur Linde“ in Krauschwitz
Thema: „Die Rolle des Geoparks ‚Muskauer
Faltenbogen‘ im Rahmen der Strukturverän-
derungen zur Erreichung der Energiewende?“
Dazu wird es von 15.30 bis 16.15 Uhr eine kleine
interessante Wanderung geben.

20.10. 14:30 – 16:30
Gespräche bei einer Tasse Kaffee und
Diskussionsrunden zu aktuellen Themen im
Abgeordnetenbüro Rote Rosa

22.10. 18.00 Uhr
laden wir ein zu einer Diskussionsrunde in das
Gasthaus zur Linde in Krauschwitz
Thema: „Rolle des Geoparks ‚Muskauer
Faltenbogen‘ im Rahmen der Struktur-
veränderungen zur Erreichung der Energie-
wendegeplante“

Ablauf: 16.30 Uhr Spaziergang Geopark
18.00 Uhr Konferenz „Tourismusegion Muskauer
Faltenbogen im Strukturwandel“

07.12. 18.00 Uhr
Mitgliederversammlung im Büro „Rote Rosa“
Einladung in Links der Neiße Ausgabe November

Wir laden ein zur

Mitgliederversammlung des Bereiches Löbau am 25. November 2020, 15.00 Uhr
Löbau, Hotel „Stadt Löbau“

Wir blicken zurück auf das schwierige Jahr 2020 und planen unsere Arbeit im Jahr 2021,
dem Jahr der nächsten Bundestagswahl

BUCHTIPP



Das Treuhand-Trauma

Die Spätfolgen der Übernahme
Yana Milev

Seit Jahren untersucht die Schweizer Soziologin Yana Milev, was beim Untergang der DDR und danach mit den Ostdeutschen passiert ist. Sie hat die Auswirkungen der Bonner Abwicklungs- und Anschlusspolitik seziert und die mediale Begleitung der Übernahme analysiert. Im Zentrum ihrer Untersuchungen steht die Treuhandanstalt als Vollstreckerin des politischen Willens der Mächtigen der alten Bundesrepublik. Milev spricht deutlich und offen aus, was die Politik verschweigt. Ihre Thesen lauten: Die »friedliche Revolution« – sie war keine. Die Abwesenheit physischer Gewalt bedeutete nicht, dass es nicht psychischen Druck und andere Formen der Übernahme gab. Zweitens: »Wir sind ein Volk« – mitnichten. Die Ost- und die Westdeutschen haben aufgrund der komplementären gesellschaftlichen Entwicklungen unterschiedliche Erfahrungen. Drittens: Die »Wiedervereinigung« – es war keine. Es haben sich nicht zwei Staaten vereinigt, sondern der eine übernahm den anderen. Viertens: die »Wohlstandsversprechen« von Kohl 1990: »Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor, dafür vielen besser.« Dies zu widerlegen genügt die Statistik. »Der Aufbau Ost« war ein Rückbau der DDR vom Industriestaat zum Entwicklungsland und fünftens: Die Monopolisierung von Demokratie und Geschichte durch das CDU-Regime (GroKo) ist undemokratisch und hat zu Radikalisierungen geführt. Damit widerspricht Milev vehement der Behauptung von der erfolgreichen »Transformation des Ostens«. Und sie belegt, dass Treuhand- und Aufarbeitungspolitik als zwei Seiten einer Medaille zu sehen sind, die im Auftrag der Bundesregierung zu einer Kulturkatastrophe führten, deren gesellschaftliche Verarbeitung erst am Anfang steht.

Yana Milev, geboren in Leipzig, ist habilitierte Kultursoziologin. Nach zweijährigem Studienaufenthalt in Japan, Doktoratsstudium in Wien und 2008 Promotion zur Dr.phil. Ab 2009 Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Projektleiterin und Assoziierte Forscherin am Seminar für Soziologie (SfS) der Universität St. Gallen (HSG). 2014 Habilitation und Ernennung zur Privatdozentin für Kultursoziologie der „School of Humanities and Social Sciences“ der HSG. Yana Milev ist Founder und CEO der AGIO (Gesellschaftsanalyse + Politische Bildung) mit Sitz in St. Gallen und Berlin. Seit 2017 leitet sie die Forschung „Entkoppelte Gesellschaft - Ostdeutschland seit 1989/90. Ein soziologisches Laboratorium“.

Winfried Bruns

Paperback	ISBN 978-3-360-01359-0	18,00 Euro
eBook (ePUB)	ISBN 978-3-360-50166-0	12,99 Euro



OV Weißwasser

Die Buchlesung war ein guter Start nach Corona

Die in Links der Neißer angekündigte Buchlesung „Wenn Sterne untergehen“ mit Dr. Wilfried Poßner war ein Erlebnis für 30 Mitglieder und Sympathisanten des Ortsverbandes Weißwasser. Der Autor zeigte auf, dass das intensive Studium der Geschichte des zweiten Weltkrieges und deren Vorbereitung sowie der persönliche menschliche Kontakt bei seinem Studium in der Sowjetunion die Gedanken wachsen ließen, darüber einen Roman zu schreiben. Ein Roman, der unserer Meinung nach ausgezeichnet das Leben des russischen Volkes vor und während des 2. Weltkrieges, seines Kampfes gegen den Überfall Deutschlands aber auch während der Tyrannei des Stalinismus im eigenen Land erlebbar macht. Ein Roman, der das Schicksal des Marschalls der Sowjetunion Tuchatschewski und seiner Familie darstellt. Es ist ein Roman, der wie Rolf Seilberger in der anschließenden Diskussion betonte, der einen nicht mehr los lässt. Auf Nachfrage von Ch. Herrmann erläuterte Dr. Poßner, dass es neben den Hauptakteuren auch fiktive Personen und Episoden gibt, die aber im geschichtlich realen Kontext stehen.

Hervorgehoben werden muss auch, dass die Aussprache zu dem Roman mit aktuell – politischen Ereignisse verbunden war. Auf die Frage „Wie die Haltung der Regierung der BRD zu



Rußland und zu Putin im Zusammenhang mit der Vergiftung des Journalisten zu bewerten sei“ sagte Dr. Poßner eindeutig „Man muss

bei solchen Ereignissen immer die Frage stellen: Wem nützt es“. In der Diskussionsrunde der Teilnehmer der Buchlesung wurde unterstrichen, dass nach den vielen Fehlversuchen Trumps, den Bau der Ostseepipeline zu stoppen und sein schmutziges Frackinggas in Deutschland abzusetzen, erweist sich auch diese Aktion als untauglicher Versuch. Maas und Merkel machen Konfrontation gegen Putin. Wir sind überzeugt Russland ist unschuldig.

Mit der Buchlesung haben wir einen weiteren Beitrag zur Friedenswoche geleistet. Die Buchlesung war aber zugleich Auftakt für eine kontinuierliche Parteiarbeit nach Corona, die neben den Mitgliederversammlungen auch monatlich Gesprächsrunden, an jedem dritten Dienstag um 15:00 Uhr, zu aktuell – politischen Themen und Fragen der Mitglieder beinhalten.

Heike Krahl

Ilja Seifert liest aus seinem Büchlein „Lob des Chaos“

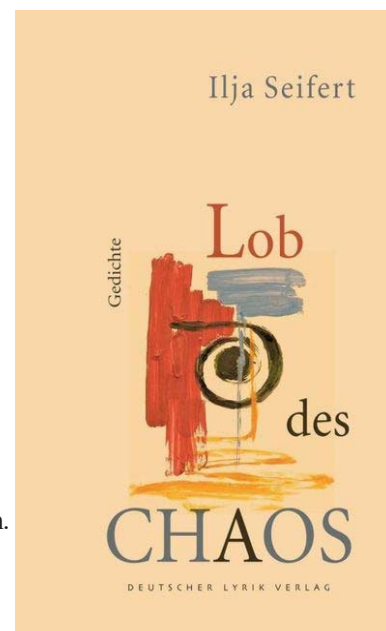
Leseprobe:

Laßt uns hoch das Chaos loben.
Kennt kein Unten und kein Oben.
Ist die Ordnung dieser Welt,
Die im Ganzen mir gefällt.

Weder rechts noch links verortet,
Nirgends Reichtum, den es hortet.
Keinerlei Pedanterie,
Dafür bunte Phantasie.

Ohne Zwang und immer richtig,
Nimmt sich selbst nicht allzu wichtig,
Formt nach eigenem Maß sich um,
Denkt nicht nach, ist doch nicht dumm.

Chaos ist's, was unsre Welt
Im Innersten zusammenhält.



Geschäftsstelle des Kreisverbandes
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03576/2162893
 e-mail: kontakt@dielinke-goerlitz.de

Büro der LINKEN Zittau
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: zittau@linksmail.de; www.dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro „Rote Rosa“ MdL Antonia Mertsching
 Rosa-Luxemburg-Straße 17, 02943 Weißwasser; Tel.: 03576/2162893
 Mail: kontakt@antonia-mertsching.de
 E-Mail des Ortsverbandes: ov-weisswasser@dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro MdL Mirko Schultze
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03581/40 30 05

Büro der Kreistagsfraktion
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/58 60 17, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: kreistagsfraktion@dielinke-goerlitz.de
 www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de



Der Kreisvorstand und die Ortsvorstände gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den Monaten Oktober/November Geburtstag haben, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit und alles Gute. Insbesondere gratulieren wir unseren Jubilaren:

Oktober

Rainer Neumann	20.10.1960	60	Niesky
Klaus-Dieter Teske	18.10.1950	70	Zittau
Karl Wolfgang Weber	19.10.1950	70	Zittau
Ursula Lachnitt	22.10.1950	70	Niesky
Kurt Bowitz	18.10.1939	81	Olbersdorf
Manfred Menzel	19.10.1937	83	Weißwasser/O.L.
Gottfried Michel	20.10.1937	83	Zittau
Christa Deckert	21.10.1937	83	Weißwasser/O.L.
Dieter Marggraff	31.10.1934	86	Löbau
Wolfgang Teichert	28.10.1931	89	Görlitz
Rolf Hoffmann	26.10.1930	90	Zittau
Anneliese Täuber	21.10.1927	93	Kreba-Neudorf
Isolde Worm	26.10.1926	94	Seifhennersdorf

November

Janet Jähne	07.11.1975	45	Herrnhut
Enrico Wagner	01.11.1975	45	Boxberg/O.L.
Erika Noack	08.11.1939	81	Weißwasser/O.L.
Horst Grunewald	07.11.1939	81	Großschönau
Hartmut Lisei	08.11.1937	83	Görlitz
Horst Gubisch	05.11.1935	85	Oderwitz
Waltraud Penk	01.11.1931	89	Niesky
Johanna Arndt	01.11.1929	91	Görlitz
Annelies Christoph	03.11.1928	92	Oderwitz



Herzliche Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung unserer Basisorganisation

Wann? Wo?

Worum geht es ?



Mitglied werden
 Ergreif PARTEI für eine bessere Politik

DIE LINKE.
 Kreisverband Görlitz

Impressum:
 Herausgeber: Kreisvorstand der LINKEN.Görlitz
 Redaktion: Dierk Kunow: ViSdP., Heiderose Gläß, Sabine Kunze, Winfried Bruns, Heike Krahl, Marko Schmidt, Heinrich Ruynat, Bitte alle Beiträge an folgende e-mail: linksderneisse@linksmail.de
 Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser; Auflage: 599 Stck.
 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22.10.2020
 Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: 03.11.2020
 Der Redaktion bleiben sinnwahrende Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten.
 Wer Rechtschreibfehler findet darf sie behalten. - Spendenempfehlung 1,50 Euro -
 Unser Spendenkonto ist: DIE LINKE.Görlitz, Volks- und Raiffeisenbank Niederschlesien eG **IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**

Im Interesse zukünftiger Generationen ist diese Zeitung auf Umwelt-Papier gedruckt.